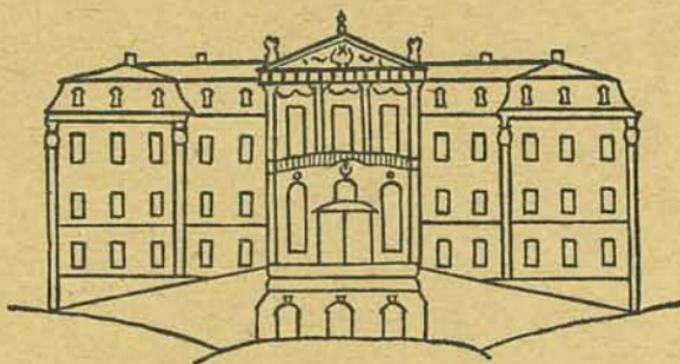


Hefte aus Burgscheidungen

Dr. Helmut Dressler

Evangelische Kirche
und Revanche-Ideologie in der
Weimarer Republik
und im Bonner Staat



147

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

Hefte aus Burgscheidungen

Dr. Helmut Dressler

Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat

Christlich-Demokratische Union
Zentrale Schulungsstätte „Otto Nuschke“
Burgscheidungen / Unstrut

1966 Lfd. Nr. 2507 / _____

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Einleitung

Problemstellung und Definition

Nach dem ersten Weltkrieg widersetzte sich nur eine ganz kleine Minderheit unter den evangelischen Christen in Deutschland dem damals aufkommenden Revanchismus. Es waren Christen, die die Friedensbotschaft des Evangeliums ernst nahmen, sich vom Friedensstreben der Arbeiterbewegung beschämt und mit ihr verbunden fühlten.

Unsere Studie, die den Bogen von 1919 bis zur westdeutschen evangelischen Denkschrift vom 15. Oktober 1965 spannt, kann nicht besser eingeleitet werden, als daß ihr die wohl historische erste evangelische Erklärung, die ausdrücklich gegen den Revanchismus gerichtet ist, vorangestellt wird. Es handelt sich um eine EntschlieÙung, die vom „Bund Neue Kirche“ am 7. August 1919 gefaÙt und von Pfarrer Lic. Dr. Karl A n e r, einem späteren Mitbegründer des Bundes Religiöser Sozialisten, unterzeichnet worden war. Sie richtete sich gegen den Antrag der namhaften Pfarrer M u m m und T r a u b, die als Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bei der Beratung des Artikels 145 der Weimarer Verfassung den Antrag gestellt hatten, in der Angabe des Bildungszieles der deutschen Schule das Wort „Völkerversöhnung“ zu streichen.

„Wir protestieren aufs schärfste gegen die Gefährdung der Würde des evangelischen Christentums durch die genannten Vertreter und weisen von vornherein die Begründung ihres Verhaltens mit dem nationalen Empfinden zurück... Wir werden uns mit aller Kraft gegen jede Züchtung der Revancheidee zur Wehr setzen, die unser Volk vergiften und zum zweiten Male in das verbrecherische Vabanquespiel eines Weltkrieges jagen würde. Wir müssen das um unseres hart geschlagenen Volkes willen. Um des Evangeliums willen.“⁴⁾

Die politische Rolle des Protestantismus in der Zeit der Weimarer Republik ist bisher – so stellt G. M e h n e r t fest, der mit der monographischen Aufarbeitung des Verhältnisses von Evangelischer Kirche und Politik in der Weimarer Republik begonnen hat²⁾ – nicht genügend erforscht. Das gilt noch mehr für die Verwurzelung der politischen Strömungen des Protestantismus in der Ideologie und gar im sozial-ökonomischen

¹⁾ Preußische Kirchenzeitung. Kirchenpolitische Wochenschrift, Berlin 1919, Nr. 31/32, S. 211

²⁾ siehe Gottfried Mehnert: Evangelische Kirche und Politik 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919. Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1959

Eing.-Nr. 15846/93
Sign.

Leben jener Zeit. Um so schwieriger ist es, hier einen bestimmten Aspekt herauszugreifen und darzustellen, wie den des Verhaltens zum Revanchismus. Aber auch Gottfried Mehnert meint, daß es für die Erhellung der politischen Gesinnung des deutschen Protestantismus in jener Zeit nützlich wäre zu untersuchen, wie die evangelische Kirche (er verweist besonders auf den Gustav-Adolf-Verein) die Frage der deutschen Minderheiten und abgetrennten (Kirchen-)Gebiete nach dem ersten Weltkrieg beurteilt und behandelt hat.³⁾

In dieser Frage läßt sich die Rolle der evangelischen Kirche, die sie nach dem ersten Weltkrieg in der Revanchismus-Problematik spielte, wohl am besten erfassen. Doch was ist überhaupt unter Revanchismus zu verstehen? Der Berliner Philosophiehistoriker Wolfgang Heise hat in seinem Werk „Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland“ (Berlin 1964) im Rahmen einer umfassenden Untersuchung der bürgerlich-imperialistischen deutschen Ideologie in unserem Jahrhundert die wesentlichsten Merkmale des Revanchismus herausgearbeitet. Revanchismus ist der Chauvinismus des geschlagenen Imperialismus.⁴⁾

„Der Revanchismus, der seit 1918 propagiert wurde, ist eine imperialistische Ideologie, welche die Enttäuschung über den Zusammenbruch des Traumes vom deutschen Weltreich voraussetzt, die Niederlage im Kampf um die Neuaufteilung der Erde, um den Platz an der Sonne als angetanes Unrecht interpretiert, folglich die Rückgängigmachung der Niederlage und die Verwirklichung der imperialistischen Ziele als Recht fordert . . . Ihm ist in der Regel die Demagogie verbunden, daß alle inneren Nöte aus diesen äußeren Niederlagen resultieren, folglich deren Rückgängigmachung alle deutschen Dinge wieder ins rechte Lot brächte . . . Er verhüllt seinen Klasseninhalt, betrachtet als das Subjekt, dem Unrecht angetan, die ‚Nation‘, das ‚Volk‘, das ‚Reich‘, deren nationale Ehre, Rechte, deren Schicksalsauftrag und ‚Mission‘, deren ‚Selbstbestimmungsrecht‘.“⁵⁾

Der Revanchismus macht selbstverständlich nicht die gesamte imperialistische Ideologie aus. Er nimmt aber einen wichtigen Stellenwert in ihr ein, den Heise wie folgt charakterisiert:

„Die Ideologie des deutschen Imperialismus spiegelt in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen sowohl dessen historische Rückständigkeit – das Scheitern der bürgerlichen Revolution, das Bündnis zwischen Großbourgeoisie und Junkertum – als auch dessen ‚Jugend‘, als er in eine bereits aufgeteilte Welt eindrang, sie spiegelt sein Scheitern im Kampf um die Neuaufteilung der Welt im Revanchismus, sie spiegelt dann nach 1917 seine Rolle als Stoßtrupp der internationalen imperialistischen Reaktion im extremen Antikommunismus und Kos-

mopolitismus, wobei letzterer zugleich die wachsende Verflechtung des internationalen Finanzkapitals zum Ausdruck bringt. Die besondere historische Lage des deutschen Imperialismus läßt ihn sowohl besonders extrem die imperialistische Ideologie herausbilden als auch besonders früh die Züge der ideologischen Krise der Bourgeoisie entwickeln.“⁶⁾

Heise weist weiter darauf hin, daß Revanchismus nicht mit einer nationalbewußten Haltung verwechselt werden darf, welche die imperialistische Unterdrückung Deutschlands durch den Versailler Vertrag z. B. als Unrecht erkennt und bekämpft, wie das die KPD getan hat. Die eingangs zitierte Protesterklärung des Bundes Neue Kirche gegen den offen propagierten Revanchismus und Völkerhaß der deutsch-nationalen Kirchenvertreter ist gleichzeitig ein Zeugnis echt nationalbewußter Haltung. Auch im deutschen katholischen Raum, in dem sich – trotz Eingordnetseins in die Weltkirche – der Revanchismus ebenfalls stark ausbreitete, gab es Christen, die nationalbewußt ohne nationalistische und revanchistische Übersteigerung auftraten. Es sei hier auf Walter Dirks verwiesen, der z. B. in einem Artikel „Der Tag von Versailles“ schrieb:

„Niemand wird leugnen, daß uns dieser Vertrag nicht gefällt. Entriß er doch neben den Kolonien deutsches Land, brachte Zwangsentwaffnung, den Verlust der Handelsflotte, einen Blankoscheck über Kriegsschädigung . . .“⁷⁾

Walter Dirks verwies auf die annexionistischen Kriegsziele Deutschlands im ersten Weltkrieg, auf den Diktatfrieden von Bukarest vom 7. Mai 1918 und von Brest-Litowsk und erklärte:

„Wer dabei mitging, hat nicht das Recht, sich über Versailles zu entrüsten.“⁸⁾

³⁾ ebenda, S. 8

⁴⁾ siehe Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, S. 316

⁵⁾ ebenda

⁶⁾ ebenda, S. 196

⁷⁾ Walter Dirks: Der Tag von Versailles. In: Walter Dirks, Erbe und Aufgabe, Frankfurt am Main 1931, S. 204

⁸⁾ ebenda, S. 205

Evangelische Kirche und Revanchismus nach dem ersten Weltkrieg

Schon Anfang 1920 wandte sich der Generalsuperintendent der größten evangelischen Kirche Polens, der lutherischen Evangelisch-Augsburgischen Kirche, Bursche, der als Delegierter der polnischen Regierung an den Pariser Friedensverhandlungen teilgenommen hatte, mit seinen Sorgen wegen des auch kirchlich betriebenen deutschen Revanchismus an den schwedischen Erzbischof Söderblom. Er prangerte die gegen Polen gerichtete Verleumdungskampagne in Deutschland an, innerhalb derer auch das Argument der Kirchenverfolgung eine große Rolle spielte. Weiter schrieb Bursche:

„Während der Zeit der Okkupation haben die deutschen Behörden in unserem Lande nicht nur eine ungerechte, sondern eine zugleich äußerst kurzsichtige und für die Evangelischen in Polen, die zu einem großen Teil aus Deutschen bestehen, durchaus schädliche Politik verfolgt. Aus den hiesigen Deutschen ... wollte man einen Vorposten des aggressiven Deutschland, eine Stütze für deutsche Zukunftspolitik im Osten machen. Man erachtete es als Verbrechen, wenn von Deutschen Abstammende, die meistens seit Generationen in Polen lebten, sich mit der Zeit natürlicherweise polonisiert hatten, wenn in Pastorenhäusern polnisch gesprochen wurde... Wie kann man Bursche heißen, dazu evangelisch, sogar Generalsuperintendent und dabei Pole sein? – meinte der Herr Generalgouverneur von Beseler und seine Satelliten... Man wollte um jeden Preis regermanisieren, selbst das Konsistorium ward eine Okkupationsbehörde: deutsche Beamten kamen an die Spitze. 30 Pastoren, zum großen Teil Militärpfarrer, berief man aus Deutschland, mehrere unserer Pastoren, die ‚zu polnisch‘ waren, wurden nach Deutschland in Gefangenenlager expediert usw.“⁹⁾

Einer dieser neu eingesetzten deutschen Beamten im Warschauer Konsistorium war der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins, Dr. Bruno Geißler. In Personalunion war Geißler auch zugleich Leiter der Kirchenabteilung des Generalgouverneurs Generaloberst von Beseler. Seine im Artikel „Zu unserem Abschied von Polen“¹⁰⁾ zum Ausdruck gebrachte Auffassung bestätigt indirekt die Anklagen Bursches. Geißler rechtfertigte nicht nur die militärische Besetzung Polens, sondern auch den Eingriff in Wirtschaft, Verwaltung und Kultur, der notwendig gewesen sei, um „alle Hilfsmittel des Landes für die Kriegsführung einzusetzen“. Es seien die „besten Tra-

⁹⁾ zitiert nach: Die evangelische Diaspora, Leipzig, 2. Jahrgang, 1920/21, S. 79 f.

¹⁰⁾ ebenda, 1. Jahrgang, 1919/20, S. 11 ff.

ditionen des deutschen Staatskirchentums“ gewesen, die bei der Okkupation des Konsistoriums in Warschau (im Oktober 1915) zur Geltung gekommen wären.

„Auch der Gesichtspunkt, das Deutschtum in Polen werde sich desto sicherer gegen die Gefahr der Aufsaugung durch das Polentum wehren können, je ausgeprägter der deutsche Charakter der Kirche in Erscheinung trete, soll nicht abgestritten werden.“¹¹⁾

Nach Errichtung eines unter deutscher Gewalt stehenden polnischen Staates am 5. November 1916¹²⁾ erarbeitete der Gustav-Adolf-Verein eine evangelische Kirchenordnung für Polen, woran auch der Führer des Deutschen Vereins in Polen, Adolf Eichler, beteiligt war.

„In diese Lage hinein kam der unselige 5. Oktober 1918 mit seiner Erkenntnis, daß Deutschland den Krieg verloren habe ... Daß die Besetzung Polens noch längere Zeit fort-dauern werde, vor allem zum Schutz der Etappenlinie nach der Ukraine, schien jedem selbstverständlich. Doch dann brach die Revolution aus und führte gerade hier in Polen auf den Gipfel deutscher Schande. Der Soldatenrat rühmte sich öffentlich, daß er durch seine Verhandlungen mit den polnischen ‚Genossen‘ Blutvergießen verhindert und ‚ehrevollen‘ Abzug der Kameraden gesichert habe!“¹³⁾

Es seien keineswegs nur Spartakisten oder Unabhängige gewesen, sondern Mehrheitssozialisten, die als Vertreter und Durchführer des Umschwungs in Polen tätig waren. Der völlige Mangel an politischem Instinkt, der dann weiterhin die Polenpolitik der Revolutionsregierung ausgezeichnet habe, sei schon da offen zutage getreten.

Auch der Vorsitzende des GAV selbst, Prof. D. Franz Rendtorff, Mitglied der DNVP, gibt im Leitartikel des I. Jahrgangs der Zeitschrift des Gustav-Adolf-Vereins die kirchlich sanktionierten aggressiven Zielstellungen des deutschen Militarismus offen zu. Im Frühjahr 1916 hatte er als Gast Hindenburgs und Ludendorffs Litauen, Kurland, Polen besucht, im Frühjahr 1918 eine Fahrt durch Galizien, die Ukraine, Litauen, Kurland und Livland gemacht und die zerstreuten deutschen Gemeinden aufgesucht.¹⁴⁾ Darüber schrieb er:

„Weit geöffnet lag es damals vor uns, dies längst geopolitisch, nun vollends durch den Krieg auch realpolitisch uns vor die Tür gelegte, an Aufgaben und Aussichten auch für deutsche evangelische Arbeit so überreiche Gebiet. Nicht wie ein überkühner Traum, nein als eine mit Händen greifbare, ernste Pflicht galt es auf den Straßen nun dem deutschen Heer die

deutsche Kirche, dem deutschen Kaufmann und der deutschen Industrie die deutsche Schule folgen oder vorangehen zu lassen.“¹⁵⁾

Es läßt sich leicht vorstellen, wie diese Kreise reagierten, als gar von den Entente-Mächten die Abtrennung der Provinzen Posen und Westpreußen und anderer Teile von Deutschland in Aussicht genommen und beschlossen wurde. Am 4. Februar 1919 erließ der Centralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins eine Erklärung an die „deutschen evangelischen Diasporagemeinden in den von den Feinden besetzten Grenzgebieten“:

„Mit brennendem Zorn und heißem Mitleid hören wir täglich neue Nachrichten von Unrecht und Gewalt, die um Eures deutschen Volkstums und um Eures evangelischen Christentums willen über Euch gekommen sind ... Haltet aus und habt Vertrauen.“¹⁶⁾

Im Herbst 1920 entstand ein „Arbeitsausschuß zum Schutz der evangelischen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten“, dem der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins, Bruno Geißler, der Direktor des Evangelischen Preßverbandes, Dr. Hinderer, und Dr. Otto Dibelius (Mitglied der DNVP) als Geschäftsführer angehörten. Diesem Arbeitsausschuß ging es vor allem darum, daß die seit dem Versailler Vertrag zum polnischen Staat gehörende Evangelisch-Unierte Kirche Posens unter Generalsuperintendent Blau (Mitglied der DNVP) ihre Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche der Preußischen Union, damit ihre Unterstellung unter den Berliner Oberkirchenrat, beibehalten sollte. Der polnische Staat betrachtete diese Absicht mit Recht als Eingriff in seine Souveränität, und auch die Evangelisch-Augsburgische Kirche unter Bursche in Warschau lehnte das ab. Durch Vermittlung des schwedischen Erzbischofs Söderblom kam es auf der Konferenz von Upsala 1921 zu einem Kompromißvorschlag:

„Die Konferenz kann nicht umhin, ihre Meinung dahin auszusprechen, daß die gesetzlich rechtliche administrative Abhängigkeit der unierten Kirche in Posen von der preußischen unierten Kirche gegenwärtig nicht aufrechterhalten werden kann.“¹⁷⁾

Die Konferenz von Upsala setzte sich jedoch dafür ein, daß das

„Recht voller geistiger Verbindung mit der Mutterkirche in Deutschland uneingeschränkt beibehalten wird ... und daß die finanziellen Rechte, die der Pastorenschaft und den Gemeinden an den Kassen und ähnlichen Instituten der Mutterkirche zukommen, bestehen bleiben.“¹⁸⁾

Der heutige Generalsekretär des Gustav-Adolf-Werkes, Dr. Paul Wilhelm Gennrich, dessen Bericht über die Konferenz von Upsala wir die letzten Zitate entnehmen, schreibt ab-

¹⁵⁾ ebenda, S. 5

¹⁶⁾ siehe: Die evangelische Diaspora, 1. Jg., 1919/20, S. 21

¹⁷⁾ siehe Paul Wilhelm Gennrich: Die Konferenz von Upsala 1921. In: Gestalten und Wege der Kirche im Osten, Ulm 1958, S. 51

¹⁸⁾ ebenda, S. 51

¹¹⁾ ebenda, S. 12

¹²⁾ durch eine Proklamation des deutschen und des österreichischen Kaisers (siehe dazu Werner Basler: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918, Berlin 1962, S. 153 ff.)

¹³⁾ ebenda, S. 16

¹⁴⁾ Franz Rendtorff: Die gegenwärtige Lage der deutschen Auslandsdiaspora. In: Die evangelische Diaspora, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 4 ff.

schließend: Heute müsse man zugeben, daß der polnische Staat eine weitgehende Toleranz damit bewies, daß er eine über das reine geistliche Band hinausgehende stark ins Materielle übergreifende Verbindung gewähren ließ.¹⁹⁾

Als Geschäftsführer des „Arbeitsausschusses zum Schutz der evangelischen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten“ hatte Otto Dibelius nach einem Besuch in Schweden, der der Vorbereitung der Konferenz von Upsala diente, in einem Bericht an den Oberkirchenrat hervorgehoben,

„es dürfte nur von der Gefährdung der protestantischen Sache, nicht aber auch von deutsch-nationalen Interessen gesprochen werden . . . Selbst in einem Deutschland im allgemeinen wohlgesinnten Lande wie Schweden sei man nicht geneigt, sich für deutsche politische Interessen einzusetzen.“²⁰⁾

In der innerdeutschen Argumentation hielt man derartige Rücksichtnahmen für überflüssig. Dibelius selbst gehörte zum Beispiel zu den Autoren des ersten völkischen Handbuchs in der Weimarer Zeit, das unter dem Titel „Deutsche Politik. Ein völkisches Handbuch“ vom Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten herausgegeben wurde. Im Anschluß an Teil 10, der von Friedrich Lange unter der Überschrift „Gesamtdeutschland“ verfaßt war, handelte Dibelius im Teil 11 das Verhältnis von Staat und Kirche ab. Beide Teile stehen in einem inneren Zusammenhang. Friedrich Lange schrieb:

„Ob bei dem Aufbau des dritten Reiches notwendig die Stufenfolge Rumpfdeutschland – Großdeutschland – Gesamtdeutschland innegehalten werden soll, ist eine Frage der jeweiligen Lage und der durch sie bedingten Taktik. Sobald irgendein Teil des ‚Dornenkranzes der deutschen Grenzmarken‘ mit Aussicht auf Dauer befreit werden kann, sollten die Schritte dazu unternommen werden, ohne Rücksicht auf bestimmte theoretische Reihenfolgen. Gesamtdeutschland als die staatliche Vereinigung des ganzen deutschen Siedlungsbodens in Mitteleuropa bedeutet die Heilung der schlimmsten territorialen Wunden, die das Versailler Diktat unter offener Verletzung des Selbstbestimmungsrechts dem Deutschen Reich zugefügt hat.“²¹⁾

Dazu gab Otto Dibelius den kirchlichen Kommentar:

„Der Staat braucht die Kirche als Ferment der Volksgemeinschaft, namentlich im Kampf gegen eine fremde Umwelt . . . Der Staat braucht die Kirche um der abgetretenen Gebiete willen. Sie erhält ihren Gliedern unter fremdstaatlicher Gewaltherrschaft ein geistiges Heimatgefühl.“²²⁾

In welchem Sinne das gemeint war, zeigte sich am Auftreten

¹⁹⁾ ebenda

²⁰⁾ ebenda, S. 46

²¹⁾ Deutsche Politik. Ein völkisches Handbuch. Bearbeitet von Angehörigen des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten und herausgegeben in seinem Auftrage durch Dr. Wilhelm Berensmann, Dr. Wolfgang Stahlberg und Friedrich Koepf, Frankfurt am Main 1926, Teil 10, S. 14

²²⁾ ebenda, Teil 11, S. 22 f.

offizieller kirchlicher Vertreter beim „Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“, einem Zentrum revanchistischer Aktivitäten in der Weimarer Zeit. Wie das Mitglied des „Arbeitsausschusses zum Schutz der evangelischen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten“, Dr. Bruno Geißler, gleichzeitig Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins, im Bericht über seine Teilnahme an der 8. Schutzbundtagung feststellte, handelte es sich beim Deutschen Schutzbund um eine

„Plattform, auf der sich die verantwortlichen Träger des deutschen Kampfes in den bedrängten und unterdrückten Gebieten miteinander und mit ihren Helfern im Reich begegnen.“²³⁾

Am Rande sei vermerkt, daß der Deutsche Schutzbund von unverbesserlichen Militaristen ins Leben gerufen und aufgebaut worden war. So fungierte als sein erster Vorsitzender der ehemalige Stabschef beim Grenzschutz Ost, Oberstleutnant a. D. F. W. Freiherr von Willisen. Abteilungsleiter und Referenten waren meist frühere Majore und Hauptleute. Adolf Eichler, ein Vorstandsmitglied des Deutschen Schutzbundes, dessen Autobiographie diese Hinweise entnommen sind, leitete 1919 den „Aufklärungsdienst Ost“. So bezeichnete sich zur Tarnung die militärische Aufklärungsstelle beim Generalkommando Allenstein. Eichler, der Führer des „Deutschen Vereins“ und Vertreter der deutschen Chemie-Industrie in Polen, eng mit dem Gustav-Adolf-Verein verbunden, hatte als Chef des „Aufklärungsdienstes Ost“ die Aufgabe, den „äußeren und inneren Bolschewismus sowie die großpolnische Gefahr zu bekämpfen“²⁴⁾. Für die weitreichenden Verbindungen nach rechts ist kennzeichnend, daß der Mitarbeiter Eichlers, Dr. Max von Scheubner-Richter,

„in besonderer Mission zu General Baron Wrangel ging, später die ‚nationale russische Abwehrfront gegen den Bolschewismus‘ von München aus organisierte und am 9. November 1923 an der Seite Adolf Hitlers vor der Feldherrnhalle fiel.“²⁵⁾

Wenig bekannt sind auch die separatistischen Pläne dieser Kreise um Eichler, General a. D. Friedrich von Scholtz, August Winnig (der damalige „Generalbevollmächtigte des Reiches für den Osten“), die im „Parlamentarischen Aktionsausschuß Nord“ ausgearbeitet wurden und sich bis auf die „Bildung eines vom Deutschen Reich losgelösten Oststaates“ erstreckten, „falls die Nationalversammlung das Friedensdiktat annahm.“²⁶⁾

Seit 1924 gab es innerhalb des Deutschen Schutzbundes auch direkt einen „Kirchlichen Ausschuß“, in dem die offiziellen Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche zusammengefaßt waren und zusammenarbeiteten.²⁷⁾

²³⁾ Die evangelische Diaspora, 9. Jg., 1927, S. 105

²⁴⁾ Adolf Eichler: Deutschtum im Schatten des Ostens, Dresden 1942, S. 446

²⁵⁾ ebenda, S. 469

²⁶⁾ ebenda

²⁷⁾ Die evangelische Diaspora, 6. Jg., 1924, S. 130

Der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins hob an der Regensburger Tagung besonders folgende Aussprüche und Forderungen hervor:

„Der Sinn des deutschen Schicksals ist die rechtliche Ordnung des Abendlandes. Diesen Sinn aus dem Verlaufe der deutschen Geschichte herauszulesen, aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft zu tragen und allen Deutschen einen gemeinsamen Glauben an ihre Sendung zu geben, ist die Aufgabe einer dem realen Leben zugewandten Geschichtsphilosophie.“²⁸⁾

Das Bismarcksche Reich sei nur eine, wenn auch geniale Zwischenlösung der deutschen Frage gewesen, Großdeutschland sei das Ziel.

Schon auf der 5. Tagung des Deutschen Schutzbundes 1924 in Graz hatte der Generalsekretär des Bundes, Dr. v. L o e s c h, erklärt:

„Ein Großdeutscher Volksstaat unter Preußens Führung ist unser Ideal.“²⁹⁾

Und A. W. S c h r e i b e r hatte ihm namens des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses sekundiert:

„Ein Volk – ein Reich – ein Gott! Das war ein neues Ideal, das ich als Berichterstatter über die kirchliche Sondersitzung am Schluß der Tagung mit vollem Bewußtsein von seiner grundlegenden Bedeutung aufstellte.“³⁰⁾

Die Mitarbeit offizieller Kirchenvertreter und besonders ihre Zusammenarbeit auf der Plattform des Deutschen Schutzbundes bezeichnete der damalige Vorsitzende des Schutzbundes, Ministerialdirektor Dr. G ö t z, als Vorgang „von geschichtlicher Bedeutung“.³¹⁾ Und der Direktor des Bundes der Auslandsdeutschen, Dr. G r o ß e, forderte auf der Grazer Tagung wörtlich:

„Unsere Liebe zum Volkstum muß eine religiöse Vertiefung finden.“³²⁾

Dieser Aufgabe, „die Liebe zum Volkstum religiös zu vertiefen“, unterzogen sich in der Weimarer Republik bereitwillig Kirchenführer und Theologen. Wenn auch immer wieder Stimmen vor einer Verabsolutierung, vor einer Vergötzung, vor einer Ideologisierung des Volkstumsgedanken warnten oder Einschränkungen gemacht wurden, wie etwa in der Vaterländischen Kundgebung des Königsberger Kirchentages vom 21. Juni 1927³³⁾, so vollzog sich die Volkstumsdiskussion in der

²⁸⁾ ebenda, 9. Jg., 1927, S. 108

²⁹⁾ ebenda, 6. Jg., 1924, S. 129

³⁰⁾ ebenda

³¹⁾ ebenda, S. 130

³²⁾ ebenda

³³⁾ siehe „Der Deutsche Evangelische Kirchenbund in seinen Kundgebungen“, Berlin 1932, S. 23. – Darin heißt es: „Gott ist der Gott aller Völker ... Aber auch die Verschiedenheit der Völker ist von Gott geordnet. Jedes Volk hat seine besondere Gabe und Aufgabe im Ganzen der Menschheit ... Unser Volkstum ist uns von Gott gegeben. Es hochzuhalten ist Pflicht, zwifache Pflicht in einer Lage wie der gegenwärtigen ... Christentum und Deutschtum sind seit mehr als einem Jahrtausend eng miteinander verwachsen.“

evangelischen Kirche doch mit einer vorherrschenden Tendenz zur Rechtfertigung der Wiederherstellung Deutschlands als imperialistischer Großmacht und der Revision seiner Grenzen.

Die religiös-kirchlich vertiefte Volkstumsideologie, auf die noch näher einzugehen sein wird, war geeignet, dem politischen Revanchismus in seinen zwei Etappen zu dienen, vornehmlich allerdings in der ersten, die eng mit der Politik Stresemanns verknüpft war.

Schon während des ersten Weltkrieges hatte Stresemann in den Auslandsdeutschen einen der wertvollsten Aktivposten für die Außenpolitik der Nachkriegszeit gesehen.³⁴⁾ Nachdem Dr. Stresemann 1923 erst Kanzler und dann Außenminister geworden war, kam es zu der von den Leitungen des Gustav-Adolf-Vereins und des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes freudig bejahten Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Gustav-Adolf-Verein. Erstmals im Herbst 1924 hatte Stresemann eine Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins telegraphisch begrüßt, und im Oktober 1926 ergriff er persönlich auf der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Werkes das Wort. Er überbrachte den Dank des Auswärtigen Amtes für die Arbeit, die durch den Gustav-Adolf-Verein für das „Deutschtum geleistet wurde, insbesondere seit der Zeit des „Niederbruchs“.³⁵⁾ Stresemann verwies darauf, daß „draußen das Völkische mit dem Religiösen vielfach zusammenfällt“ und der GAV jederzeit der Unterstützung durch das Auswärtige Amt sicher sein könne.

Das Interesse des Außenministers Stresemann am GAV war keine Höflichkeitsfloskel. Die praktische Tätigkeit und ideologische Position des Gustav-Adolf-Vereins fügte sich gut ein in die Eigenheiten der Stresemannschen Revanchepolitik, vor allem gegenüber Polen, wie sie von W. R u g e in seinem Buch „Stresemann – Ein Lebensbild“ (Berlin 1965) umfassend analysiert worden ist. Ruge veröffentlicht Auszüge aus einem Brief Stresemanns vom Sommer 1926. Darin heißt es: Man müsse eine Lösung der polnischen Grenzfrage erreichen, die unseren Forderungen wirklich gerecht werde. Dazu sei aber die wirtschaftliche Not und die politische Ohnmacht Polens noch nicht weit genug fortgeschritten. Auch sei, wie Stresemann schrieb,

„die allgemeine politische Stellung Deutschlands, insbesondere im Verhältnis zu den Westmächten, einstweilen noch zu schwach, als daß wir unsere politischen Wünsche hinsichtlich Polens in einem internationalen Gremium mit einiger Aussicht auf Erfolg geltend machen könnten. Es wird also in der großen Linie gesehen unser Ziel sein müssen, eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens solange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist.“³⁶⁾

³⁴⁾ siehe Stresemann, Reden und Schriften, Bd. 1, Dresden 1929, S. 26

³⁵⁾ Die evangelische Diaspora, 8. Jg., 1926, S. 222 f.

³⁶⁾ W. Ruge: Stresemann – ein Lebensbild, Berlin 1965, S. 187

W. Ruge berichtet weiter, daß Stresemann, der für den Winter 1926/27 den Zerfall Polens vorausgesagt hatte, zu der Erkenntnis gekommen war, daß es nicht so bald gelingen würde, Deutschlands Maximalforderungen gegenüber Polen durchzusetzen. Er sei aber trotzdem nicht bereit gewesen, seine Ziele aufzugeben, noch sich mit Minimalforderungen zu begnügen. Er habe vielmehr gehofft, in der Frage der Revision der Ostgrenzen, die ja schon in Locarno so geschickt eingefädelt worden war, über den Völkerbund weiterzukommen.³⁷⁾ Aus diesem Grunde brachte Stresemann immer wieder seine „Sorge“ um die deutschen Minderheiten im Ausland, namentlich um die in Polen, zur Sprache. Ruge weist nach, daß Stresemann keineswegs „nur“ das Ziel im Auge gehabt habe, die Grenzen von 1914 wiederherzustellen, sondern in letzter Konsequenz an die Errichtung eines „Großdeutschlands“ mit Einschluß Österreichs und aller jener ost- und südosteuropäischen Gebiete gedacht habe, in denen es deutschsprachige Minderheiten gab.³⁸⁾

Aber Stresemann war sich sehr wohl bewußt, daß es zur Verwirklichung dieses Zieles angesichts der damaligen Lage Deutschlands noch ein weiter Weg sein würde, der viel diplomatisches Spiel erforderte, um aus Deutschland zunächst einmal wieder eine imperialistische Großmacht zu gestalten. Die extrem nationalistischen Verbände und Kräfte, die auf sofortige Gewaltaktionen drängten, traten nicht selten gegen Stresemann auf. Es ist aber aufschlußreich, daß es sich dabei – wie Ruge zeigt – um ein Spiel mit verteilten Rollen handelte. Der Alldeutsche Verband, bei dem ein großer Teil der Spenden zusammenfloß, die die Konzernherren zur „Förderung der politischen Meinungsbildung des Volkes“ stifteten, habe sowohl die Befürworter wie die Gegner der Stresemannschen Außenpolitik finanziert.

Stresemanns Politik verkörperte die erste Etappe auf dem Wege des Revanchismus. Stresemann sollte für seine Politik die Trumpfkarte einer nationalistischen öffentlichen Meinung in der Hand haben. Gleichzeitig wurde damit die zweite Etappe, die des ungezügelter Chauvinismus und der rabiaten Großmachtpolitik, vorbereitet, wie sie dann Hitler praktizierte, den die Großindustrie immer stärker unterstützte.

★

Der Hitlerfaschismus und namentlich seine Außenpolitik wurden von der Position der Volkstumsideologie aus, die sich in der Weimarer Zeit breitester kirchlicher Kreise bemächtigt hatte, als glanzvolle Verwirklichung der Volkstumspolitik betrachtet und aktiv unterstützt, nicht nur seitens der Deutschen Christen, sondern z. B. auch durch den Gustav-Adolf-Verein.

³⁷⁾ ebenda

³⁸⁾ ebenda, S. 175 f.

³⁹⁾ siehe ebenda, S. 157

So wurde im Jahresbericht 1933/34 vom Generalsekretär hervorgehoben, daß

„die deutsche Gegenwart in völlig einmaliger Weise ‚ausschließlich auf den Volksgedanken‘ aufgebaut ist und die ‚Zukunftsgestaltung aus Volkstum‘ freudig begrüßt.“⁴⁰⁾

Anläßlich der Absendung eines Telegramms der Hauptversammlung des GAV an Adolf Hitler im Jahre 1936 erklärte der Vorsitzende:

„Wir grüßen Adolf Hitler nicht nur als das verfassungsmäßige Oberhaupt des Reiches, sondern vor allem als den Führer, zu dessen Werk, dem nationalsozialistischen Dritten Reiche, wir uns freudig bekennen . . . Wenn der entscheidende Grundgedanke des Nationalsozialismus der ist, daß die Gebundenheit des Menschen in seinem Volkstum für ihn den letzten Maßstab für sein Handeln im geschichtlichen Raum abgibt, so spricht die Geschichte der Diasporagemeinden, wie sie in den Papieren gerade unseres Archivs niedergelegt ist, eine beredete Sprache dafür, daß kaum jemand diese Gemeinden in der Treue zum Volkstum wird übertreffen können.“⁴¹⁾

Auf die Kundgebungen des Gustav-Adolf-Vereins anläßlich des Anschlusses Österreichs, des Sudetenlandes und des Überfalls auf Polen kann hier nur kurz hingewiesen werden. In einer Grußbotschaft des Centralvorstandes des GAV an „die Glaubensgenossen in Deutsch-Österreich“ hieß es u. a.:

„Alle deutschen Volksgenossen wissen sich in dieser geschichtlichen Stunde eins in tiefer Dankbarkeit gegen unseren Führer, den Gottes Güte uns als Werkzeug seines Willens sandte.“⁴²⁾

Und im Telegramm des Evangelischen Konsistoriums in Posen (unterzeichnet von D. Blau, D. Brummack u. a.) an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin wurde formuliert:

„Gott sei gedankt für die wunderbare Wendung, welche die deutsche Geschichte im Laufe des September 1939 durch das Eingreifen des Führers und den Sieg unserer Heere erfahren hat . . . Unser Kirchgebiet wird in den nächsten Jahren zahlenmäßig, so Gott will, in starker Weise zunehmen. Gott gebe unserer Kirche und unserem Kirchengebiet zusammen mit der Mutterkirche die innere Kraft, . . . daß auf dem Boden der neuen östlichen Gebiete des Großdeutschen Reiches ein gesundes, gläubiges, gesegnetes evangelisches Kirchenwesen erstehe.“⁴³⁾

Auch der Leiter der Unierten Evangelischen Kirche in Polen, D. Paul Blau, richtete persönlich einen Aufruf an seine „befreiten Gemeinden“. Darin hieß es:

„Das Wunder ist geschehen! Eure Träume sind Wirklichkeit, geworden, eure Hoffnungen haben sich erfüllt, eure Gebete

⁴⁰⁾ siehe: Die evangelische Diaspora, Jg. 1934, S. 245 f.

⁴¹⁾ ebenda, Jg. 1936, S. 320

⁴²⁾ ebenda, Jg. 1938, S. 65

⁴³⁾ Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche, Jg. 1939, Ausgabe B, S. 122

sind von Gott erhört. Er hat euch in dem Führer den Befreier von 20jähriger polnischer Zwingherrschaft ... gesendet.“⁴⁴⁾

★

Wie weit sich die Volkstumsideologie in der evangelischen Kirche eingenistet hatte, wird gerade an den Auffassungen Paul Blaus, des Leiters der Unierten Evangelischen Kirche in Polen, deutlich, der durchaus nicht zu den Deutschen Christen zu zählen ist. Auf der Pastorkonferenz der Unierten Evangelischen Kirche am 3. November 1933 erklärte er:

„Hinter der politischen und kirchlichen Umwälzung liegt als treibende Kraft eine gewaltige geistige Bewegung ... die Bewegung des Volkstums. Unter Volkstum verstehen wir die geistig-seelische, aber auch auf körperlicher Grundlage ruhende Eigenart eines Volkes. Lagarde hat dafür den Ausdruck Volkheit gesetzt. Der Wert eines Volkes liegt in der organischen Vereinigung der einer Reihe von Menschen eigentümlichen Kraft mit einer ihnen allen gemeinsamen geschichtlichen Aufgabe. Dieses Volkstum, in dem Blut und Geist in eigentümlicher Weise wirksam sind, ist zum Bewußtsein seiner selbst gekommen und ringt in Staat und Kirche um Gestaltung. Kraftvolle Betonung des dem deutschen Wesen Eigentümlichen, sittliche Erneuerung, Wille zum Zusammenschluß und zur Überwindung sozialer Gegensätze, Wandlung zur Sauberkeit, Bekämpfung marxistischer, kommunistischer und aller das Volkstum mit Zersetzung bedrohender Ideen, ... rückhaltlose Bejahung des Wertes der christlichen Religion und Weltanschauung, alles sind nur einzelne Züge an dem imposanten und gewaltigen Bilde einer Volkserneuerung wie sie in diesem denkwürdigen Jahre in der nationalen Revolution zum Durchbruch gekommen ist. Und diese geistige Bewegung hat auch für uns ihre Bedeutung und wartet auf unsere einmütige und freudige Bejahung.“⁴⁵⁾

Die von kirchlichen Kreisen der Weimarer Zeit vertretene Volkstumsideologie war eingebettet in eine Geschichtsphilosophie, die von Oswald Spengler wesentlich geprägt war und Elemente der Auffassungen Nietzsches übernommen hatte.

Im Leitartikel der „Preußischen Kirchenzeitung“ Nr. 31/32 vom 14. September 1919 „Von der Anwendung christlicher Grundsätze im Weltkrieg, ein Rückblick“ wird eine erschreckende Stellungnahme zum Krieg, zur Geschichte und zur Zukunft gegeben. Die Kriege seien nicht willkürlich und vernunftlos. Im Leben der Völker sei der Sieg des Stärkeren ebenso ein Naturgesetz wie im Leben der Tiere und Pflanzen.

Sozialdemokraten hätten mit christlichen Phrasen 1917/18 den Kampfeswillen und Kriegssinn gelähmt. Andere hätten in bester Meinung zum Ende des Krieges geraten. Man wollte

⁴⁴⁾ Unser Generalsuperintendent – Zum 80. Geburtstag von Paul Blau

⁴⁵⁾ Paul Blau: Unsere kirchliche Lage, 1933, S. 7 f.

christlich und sittlich sein und hätte bei ungeeigneten Gegebenheiten Grundsätze angewandt, die

„in friedlichen frommen Kreisen wiedergeborener Christen, im Reiche Gottes gelten. Die Welt ist aber kein Reich Gottes, und die Menschen sind keine Schar Wiedergeborener.“⁴⁶⁾

Innere Auflösung des Reiches, Streiks, Aufruhr muteten nun wie eine Strafe Gottes an. Es seien immer nur einzelne bedeutende Männer, die ein Volk hochreißen und zur Besinnung bringen könnten:

„Gebe Gott, daß sie kommen und retten, daß sie Deutschland wieder eine Seele einhauchen und es erwache.“⁴⁷⁾

Wenn auch nicht auf diesem primitiven und vulgärbilologischen Niveau, so zeigte die umfangreiche Diskussion des die ganze Weimarer Zeit über einflußreichsten geschichtsphilosophischen Buches von Oswald Spengler, „Untergang des Abendlandes“, doch nicht weniger deutlich die gefährliche Entwicklung in der Kirche an. In Kirchenzeitungen, Broschüren und Büchern befaßten sich Kirchenführer und Theologen mit Oswald Spengler. Dem Greifswalder Theologieprofessor Karl Girgensohn war Spengler noch zu rationalistisch. In seinem Buch „Der Rationalismus des Abendlandes. Ein Votum zum Fall Spengler“ heißt es:

„Ich möchte die antirationalistischen Kräfte des Buches gegen seine rationalistischen ausspielen und zeigen, daß die herangezogenen großen Gedanken bei weiterem Ausbau und genügender Vertiefung stark genug werden können, um eine Überwindung des rationalistischen Zeitalters durch eine neuschöpferische Periode erhoffen zu lassen.“⁴⁸⁾

Girgensohn betrachtete als

„die eigentliche Schicksalsfrage unseres Volkes, daß das völkische Gefühl der Gegenwart aus der Seele der deutschen Jugend neu geboren werden müsse.“⁴⁹⁾

Generalsuperintendent Paul Blau, der ebenfalls ein ganzes Buch „Des Abendlandes Rettung oder Untergang“⁵⁰⁾ zur Philosophie Spenglers schrieb und sich in vielen Kirchenzeitungsartikeln mit ihr beschäftigte, beruft sich auf Girgensohns Nachweis, daß der große Antirationalist und Skeptiker Spengler selbst in Rationalismus ver falle, indem er die Geschichte in ganz bestimmte Entwicklungsgesetze zwingt. Der Entwicklungsgedanke, der durch Spengler für die ganze Menschheit abgelehnt wurde, beherrsche doch wieder jede einzelne Kulturepoche. Wenn man schon die Schicksalsidee dem Kausalitätsgedanken gegenüberstelle, so müsse man sie nicht wieder

⁴⁶⁾ Preußische Kirchenzeitung. Kirchenpolitische Wochenschrift, Berlin, XV. Jg., Nr. 31/32 vom 14. 9. 1919, S. 208

⁴⁷⁾ ebenda, S. 209

⁴⁸⁾ Karl Girgensohn: Der Rationalismus des Abendlandes. Ein Votum zum Fall Spengler, Greifswald 1921, S. 16

⁴⁹⁾ ebenda, S. 20

⁵⁰⁾ siehe Paul Blau: Des Abendlandes Rettung oder Untergang, Hamburg 1922 (2. Auflage 1925)

selbst gesetzlich fassen, sondern den Mut haben, ihr Freiheit zuzusprechen, das heißt, sie zur Idee des lebendigen Gottes zu erheben, und somit einer religiösen Geschichtsbetrachtung den Boden zu bereiten.⁵¹⁾ Dennoch habe Spengler wesentliche Aussagen gemacht, die Blau kritiklos gelten läßt: Das Leben sei hart, es lasse nur die Wahl zwischen Sieg und Niederlage, nicht zwischen Krieg und Frieden. Die Welt lasse sich nicht durch die Gedanken von Marx verbessern. Der Parlamentarismus habe sich überlebt, Bedeutung habe nur die ganz persönliche Gewalt.⁵²⁾

Die auf dem Boden der Volkstumsideologie ruhende Theologie und ihre Vertreter akzeptierten nicht nur weitgehend Spenglers Geschichtsphilosophie. Auch Hans Grimms geopolitische Konzeption fand Zustimmung. Grimm habe zu der Erkenntnis verholten, daß das deutsche Volk „die Raum-Not als das Geheimnis seiner geschichtlichen Lage“⁵³⁾ betrachten müsse. Zwar dringe Grimm nicht bis zur christlichen Tiefe vor, aus deren Sicht die Raumfrage mit der Austreibung aus dem Paradiese, d. h. mit dem Kampfe ums Dasein, der das Wesen der Welt ausmache, gegeben sei. Aber:

„In den von ihm selbst gezogenen Grenzen kann das Buch von Grimm hoffentlich vielen in unserem Volkstum die Augen öffnen für den Sinn unserer geschichtlichen Lage. Daß von der politischen Frage aus noch weitere Horizonte möglich und nötig sind, zeigt z. B. Spengler. Daß die Fragen und Antworten des Evangeliums noch tiefer reichen als Spengler, haben wir wiederholt sichtbar zu machen versucht.“⁵⁴⁾

*

Zu den kirchlichen Kräften, die der Volkstumsideologie in der Weimarer Zeit nicht verfallen waren und sich dem Hitlerfaschismus von Anfang an widersetzten, gehörten vor allem die Religiösen Sozialisten und bestimmte Kreise der dialektischen Theologie um Karl Barth. Die Religiösen Sozialisten wußten sehr wohl, daß es sich bei den Nationalsozialisten um gefährliche „völkische Radaumacher“ handelt, die „weder national“ sind, weil sie das Volk ins Unglück führen, noch Sozialisten sind, weil sie die ungerechte kapitalistische Gesellschaft vor dem Sturm der Massen retten wollen.⁵⁵⁾ Die Religiösen Sozialisten wandten sich auch gegen jeglichen Antisemitismus.

Das Erbe dieser nationalen und zugleich antinationalistischen, dem Sozialismus aufgeschlossenen Haltung hat vor

⁵¹⁾ siehe: Evangelisches Kirchenblatt. Monatsschrift für evangelisches Leben in Polen, Jg. I, 1922, S. 123 f.

⁵²⁾ ebenda, S. 242 f.

⁵³⁾ ebenda, Jg. V, 1926/27, S. 17

⁵⁴⁾ ebenda

⁵⁵⁾ siehe Hans Beyer: Der „religiöse Sozialismus“ in der Weimarer Republik. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 8, 1960, Nr. 11/12, S. 1464 ff.

allem Emil Fuchs den Christen in der DDR vermittelt und hier fruchtbar werden lassen.

Das Auftreten Karl Barths und seiner Anhänger gegen den Bindestrich zwischen Christentum und Volkstum, also gegen die Volkstumsideologie, gehört zu den erregendsten Begebenheiten der Weimarer Zeit und bereitete schließlich die Entstehung der Bekennenden Kirche vor.

„Was soll man davon denken, daß die Assoziation und der Bindestrich zwischen Christentum und Volkstum, evangelisch und deutsch, nachgerade in der Weise in den eisernen Bestand der mündlichen und gedruckten Rede unserer Kirche aufgenommen worden ist, daß man sagen muß: Das, dieser Bindestrich, ist heute das eigentliche Kriterium der kirchlichen Orthodoxie geworden“,

schrrieb zum Beispiel Karl Barth in dem Aufsatz „Die Not der evangelischen Kirche“.⁵⁶⁾ Und sein Mitstreiter Richard Karwehl bekundete:

„Obwohl oder gerade weil es zum Schibboleth der heutigen Orthodoxie gehört, stramm national zu sein und jede Humanitätsethik zu ächten, muß es offen ausgesprochen werden: Wir vermögen nicht einzusehen, warum und wieso dem Begriff ‚Volk‘ vor Gott eine höhere Würde zukommen soll als dem Begriff ‚Menschheit‘.“⁵⁷⁾

Auf einer Tagung des sächsischen Vereins für Innere Mission war 1931 unter viel Beifall erklärt worden:

„Der Nationalsozialismus tritt ein für Christentum und Vaterland und fordert eine einheitliche Front gegen den Antichrist. Auf zum Kampf gegen den Bolschewismus! Die evangelische Kirche steht ihrem Wesen und ihrer Geschichte nach dem Deutschtum am nächsten.“⁵⁸⁾

Das nahm Karwehl zum Anlaß, um an Hand des Hitlerschen Buches „Mein Kampf“ den antihumanistischen, verbrecherischen (wenn auch dies Wort nicht fiel, aber aus der Analyse wurde das klar) Charakter des Nazismus zu entlarven und seine Unverträglichkeit mit dem Glauben an Christus zu zeigen. Bei seiner Analyse des Nazismus unter eschatologischem Aspekt kam Karwehl zu folgender Einsicht:

„Im Nationalsozialismus haben wir eine säkularisierte Eschatologie vor uns, die wir wiederum nur begreifen in ihrem Gegensatz zur säkularisierten Eschatologie des Sozialismus. Wie sieht das Weltziel des Sozialismus aus? Die Verdammten unter allen Völkern dieser Erde sind aufgewacht. Sie schaffen durch reformerische oder revolutionäre Umwälzung der materiellen und ideellen Grundlagen die neue Erde. Der Streit der Völker ist verschwunden, die Nationen leben als Brüder miteinander. Es gibt nur eine klassenlose Gesellschaft in einer umfassenden Menschheitsorganisation. Der Völkerfrühling ist da, heraufgeführt durch den völkerbefreienden Sozialismus.

⁵⁶⁾ Zwischen den Zeiten, München 1931, S. 115

⁵⁷⁾ ebenda, S. 532

⁵⁸⁾ ebenda, S. 520

Ein solches Weltziel aber wird von Hitler mit aller Leidenschaft bekämpft. Er sieht darin eine satanische Versuchung, einen jüdischen Weltbetrug... Die jüdische Lehre des Marxismus leugnet den Wert der Person, bestreitet die Bedeutung von Volkstum und Rasse und entzieht damit der Menschheit die Voraussetzung ihres Bestehens und ihrer Kultur... Und nun verkündigt Hitler: „das Werk des Herrn“, sein eigenes, dem jüdischen entgegengesetztes Weltziel: „Ein Friede, nicht gestützt auf die Palmenwedel pazifistischer Klageweiber, sondern begründet durch das siegreiche Schwert eines die Welt in den Dienst einer höheren Kultur nehmenden Herrenvolkes“ (S. 438 Mein Kampf).⁶⁰⁾

Es gehe also nicht nur um die „Freiheit“, sondern schließlich um die Weltherrschaft Deutschlands, genauer des deutschen Imperialismus.

Auf dem Boden dieses kritischen, ja, entschieden ablehnenden Verhaltens gegen Volkstumsideologie und Faschismus entwickelten sich auch die Bestrebungen zur Annäherung aller antifaschistischen Kräfte, zu der die Kommunistische Partei aufrief und praktisch den Weg ebnete. Es war ein gutes Zeichen dieser Annäherung, als ein reichliches Jahr nach der Brüsseler Konferenz der KPD zu den Unterzeichnern des ersten Aufrufes der Volksfront in Deutschland nicht nur Heinrich Mann, Arnold Zweig, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, u. a., sondern auch der evangelische Theologieprofessor Fritz Lieb, ein Mitstreiter Karl Barths, gehörte.

Die Erfahrungen gemeinsamen antifaschistischen Kampfes, wie sie in der Volksfront und später, unter Beteiligung vieler Theologen und Pfarrer, im Nationalkomitee Freies Deutschland gesammelt wurden, haben dazu beigetragen, daß nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands, nach dem Zusammenbruch der Revanche- und Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus, von vielen Christen eine entschiedene Absage an jeglichen Revanchismus erfolgte. Dazu gehörte dann z. B. auch der Generalsekretär des GAV, D. Bruno Geißler, der zum Mitbegründer der CDU in der damaligen Provinz Sachsen wurde.

Evangelische Kirche und Revanchismus nach dem zweiten Weltkrieg

Galt in der Kirche der Weimarer Zeit allgemein „die würdevolle, echt deutsche Art, in der der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, D. Kapler, die Schuld des deutschen Volkes (es müßte ja heißen: der herrschenden Kräfte Deutschlands – H. D.) am Weltkrieg ablehnte“, als „eine Kirchenpolitik großen Stils“⁶⁰⁾, so bezeugt das Stuttgarter Schuldbekennnis des Rates der EKD vom 19. Oktober 1945 mit seinem entscheidenden Satz, daß durch Deutschland, wörtlich formuliert „durch uns... unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“⁶¹⁾ ist, einen geläuterten Geist der deutschen Christenheit, der das erneute Auferstehen und Befürworten von Revanche-Ideen in kirchlichen Kreisen unmöglich erscheinen ließ. Dieser Eindruck verstärkte sich, als am 8. August 1947 auf Anregung Karl Barths der Bruderrat der Bekennenden Kirche ein „Wort zum politischen Weg unseres Volkes“ beschloß und veröffentlichte, das u. a. mit dem Traum einer besonderen deutschen Sendung (im Sinne des Chauvinismus), an der die Welt genesen könnte, abrechnete und auf die Verantwortung hinwies, „die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient“.⁶²⁾

Die Verfasser dieses Darmstädter Bruderrates waren sich aber sehr wohl bewußt, daß die Kirche zum Aufbau eines besseren und friedlichen Deutschlands nur beitragen konnte, wenn sie das Bündnis mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten löste und an den notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben teilnahm. Das wurde nicht nur theoretisch als Lehre aus der Vergangenheit geschlußfolgert, sondern angesichts ernster Anzeichen eines Restaurationsprozesses in Westdeutschland mahndend und warnend ausgesprochen.

In der Folge zeigte sich, daß das Darmstädter Bruderratswort in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dann in der DDR tatsächlich als eine wegweisende Hand-

⁶⁰⁾ Das erklärte z. B. Prof. Holstein auf der Preußischen General-synode 1927 (siehe: Ev. Kirchenblatt der Grenzmark/Schneidemühl, 4. Jg., Nr. 19, vom 8. 5. 1927, S. 152)

⁶¹⁾ siehe: Neue Zeit vom 21. 11. 1962

⁶²⁾ Das Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes. Flugblätter der Bekennenden Kirche, Nr. 8

⁶⁰⁾ ebenda, S. 539 f.

reichung von vielen Christen empfunden wurde und ihnen geholfen hat, sich an die Seite der Arbeiterbewegung und ihrer vereinigten marxistischen Partei im Kampf um eine echte Demokratisierung in ganz Deutschland zu stellen und mit ihr die längst notwendig gewordenen gesellschaftlichen Neuordnungen durchzuführen, den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen und dann sozialistischen Ordnung, die Schaffung des ersten deutschen Friedensstaates, die Realisierung einer wahrhaft dem Frieden dienenden Deutschland- und Außenpolitik.

Eines unter vielen Ergebnissen einer gemeinsam von Marxisten und Christen getragenen Friedenspolitik war das Abkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vom 6. Juli 1950 über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze an Oder und Neiße, die eine Grenze des Friedens und der Freundschaft geworden ist. Für die von Revanchismus völlig gereinigte Atmosphäre zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen sprechen nunmehr über 15 Jahre immer enger werdender Beziehungen; sie wurde nicht zuletzt auch beim Besuch von Landesbischof D. Moritz Mitzenheim in Warschau im Herbst 1965 sichtbar.

In Westdeutschland dagegen hat der 1945 noch viel stärker als 1918 geschlagene deutsche Imperialismus um den Preis der Spaltung Deutschlands seine Grundlagen erhalten, sich restaurieren und besonders ökonomisch beträchtlich entwickeln können und eine aggressive Militärmacht aufgebaut. Unter der gleichen Parole wie einst unter Hitler, nämlich unter der Forderung nach Gleichberechtigung in der Bewaffnung, erstrebt der westdeutsche Imperialismus Atomwaffen und eine politische Großmachtstellung, da er sich – als charakteristisches Zeichen des Revanchismus – mit dem Status quo, mit dem eingeschränkten Herrschaftsbereich, mit den Grenzen in Europa nicht abfinden, sondern diese zu seinen Gunsten verändern will.

Mit dem Imperialismus und Militarismus ist aber auch der politische Klerikalismus als Mißbrauch von Glaube und Kirche in Westdeutschland wiedererstanden, ja, hat auf Grund der historischen Umstände eine größere Bedeutung erlangt, als er sie in den Jahrzehnten davor besessen hatte. Das von den Verfassern und Anhängern des Darmstädter Bruderrates befürchtete Bündnis von Klerus, Kapital und Generalen drängte die Kirche auf einen ganz anderen Weg, als viele Christen 1945 auch in Westdeutschland zu gehen entschlossen waren.⁶³⁾ Dieser andere Weg, auf den sich die evangelische Kirche in Westdeutschland drängen und leider von nicht wenigen Kirchenführern und Theologen auch ziehen ließ, das war der Weg des Re-

⁶³⁾ siehe dazu den Diskussionsbeitrag von Prof. Gollwitzer auf der Synode 1956. In: Berlin 1956. Bericht über die außerordentliche Tagung der zweiten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 27.–29. Juni 1956, Hannover 1956, S. 153

vanchismus, von dem sie sich erst mit der Denkschrift vom 15. Oktober 1965 wieder abzusetzen beginnt.

Die Verfasser und Anhänger des Darmstädter Bruderrates, die diesen Weg des Revanchismus niemals mit beschrritten haben, mußten und müssen in Westdeutschland den Kampf für ein Deutschland, das dem Frieden und der Versöhnung der Völker dient, als aufopferungsvollen Kampf gegen die herrschenden Kräfte des Bonner Staates, gegen eine sich christlich nennende Partei führen. Aber auch hierbei trat eine Interessengemeinschaft und z. T. schon enge Verbindung mit der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften in Erscheinung, die sich u. a. auch im Protest gegen das Verbot der KPD zeigt.

*

Welche Kräfte waren es, die das Auferstehen des Revanchismus politisch, organisatorisch und ideologisch in der evangelischen Kirche in Westdeutschland nach 1945 betrieben? Personell gesehen handelte es sich dabei vor allem um Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Herbert Krimm, Franz Hamm, Dr. Gerhard Gülzow, D. Brummack und Dr. Werner Petersmann.

Lange bevor die „Landsmannschaften“ in den Westzonen Deutschlands offiziell erlaubt wurden – das geschah erst 1949 –, waren zunächst im evangelisch-kirchlichen Raum, später auch in der katholischen Kirche, Organisationen ins Leben gerufen worden, die von manchen Beteiligten sicher im karitativen Sinne gut gemeint gewesen waren, schließlich aber als eine Art Vorläufer und Wegbereiter der Landsmannschaften wirkten und heute eng mit ihnen verbunden sind. Gerstenmaier schreibt selbst, daß „unter dem Schutzmantel der Kirche das Hilfswerk den Heimatvertriebenen die ersten Koalitionsmöglichkeiten verschafft hat“.⁶⁴⁾ Als Leiter des Hilfswerks hatte Gerstenmaier die Herren Dr. Herbert Krimm und Franz Hamm mit der Schaffung sogenannter Evangelischer Hilfskomitees (z. B. für die „Evangelischen aus Danzig-Westpreußen“, für die „Glieder der Posener Evangelischen Kirche“ usw., insgesamt 18) beauftragt.

Dr. Herbert Krimm war seit 1936 in der Zentrale des Gustav-Adolf-Vereins als Sachbearbeiter für die Diasporagemeinden in Osteuropa tätig und im Krieg dann Militärpfarrer gewesen. Die Zukunft würde allein den deutschen Waffen zu danken sein, verkündete Dr. Herbert Krimm im Jahrbuch „Auslanddeutschtum und evangelische Kirche“ (1940). Wohl deshalb avancierte er auch 1956 zum ersten Militärgeneraldekan der Bundeswehr. Franz Hamm war vor 1945 Volksgruppenführer und Führer der NSDAP-Gruppe im ungarischen Reichstag⁶⁵⁾,

⁶⁴⁾ Eugen Gerstenmaier: Reden und Aufsätze, Stuttgart 1956, Bd. 1, S. 116

⁶⁵⁾ siehe: Neue Kommentare, Frankfurt am Main, 1962, Nr. 1, S. 4

nach Bildung des Bonner Separatstaates wurde er (und ist bis heute) Ministerialrat im „Bundesvertriebenenministerium“.

Dr. Krimm betrachtete es als seine Aufgabe, „eine schlagkräftige Organisation“ aufzubauen, wie er in seiner Zeitung bekanntgab,⁶⁶⁾ mit Bundes-, Bezirks- und Landesstellen jeder „Vertriebenenkirche“ (wie die Hilfskomitees auch noch genannt werden) und mit Tausenden von Vertrauensleuten. Die organisatorische Zusammenfassung aller Hilfskomitees erfolgte 1947 im „Konvent der vertriebenen deutschen evangelischen Ostkirchen“ unter Vorsitz von Franz Hamm. Gleichzeitig war am 18. Mai 1946 der Ostkirchenausschuß der EKD unter Vorsitz von D. Gerhard Gülzow, der auch dem „Ostdeutschen Kulturrat“ angehört,⁶⁷⁾ und unter dem stellvertretenden Vorsitz von D. Brummack (vor 1945 Mitglied der Kirchenleitung der Unierten Evangelischen Kirche in Posen) geschaffen worden. D. Brummack gehört auch dem „Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen“ beim „Bund der Vertriebenen“ an und leitet im „Ostkirchenausschuß“ die „Arbeitsgruppe für Ostkunde im Religionsunterricht“.

Die Jugendarbeit aller evangelischen „vertriebenen Ostkirchen“ wird eigens von einer „Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Heimatvertriebener Jugend“ angeleitet, deren stellvertretender Vorsitzender Dr. Paul Philipp, ein Schüler und Vertrauter Dr. Krimms, ist.⁶⁸⁾ Wie auf einer gemeinsamen Tagung der Hilfskomitees und der Landsmannschaften im Februar 1953 in der Evangelischen Akademie Tutzing erklärt wurde, käme den organisierten Jugendgruppen der „Vertriebenen“ sogar eine besondere Bedeutung zu.⁶⁹⁾ Im Namen der bayrischen Kirchenleitung brachte Oberkirchenrat Riedel auf dieser Tagung zum Ausdruck, daß die

„Kirchenleitung Sorge trage um die Pflege und Erhaltung des geistigen Erbes der Heimat. Besonders in der Jugend muß die Liebe zur alten Heimat geweckt werden.“⁷⁰⁾

Anfang 1955 fanden sich

„auf Einladung von Oberkonsistorialrat D. Gülzow die Vertreter des Ostkirchenausschusses des Katholischen Flüchtlingsrates (dessen Präsident Staatssekretär Dr. Paul Nahm vom „Bundesvertriebenenministerium“ ist – H. D.) und der Lands-

⁶⁶⁾ Der Weg. Zeitung für Vertriebene und Flüchtlinge, Hrsg. von Dr. Herbert Krimm, Stuttgart, Okt. 1948, S. 5.

⁶⁷⁾ Vor 1945 war D. G. Gülzow Oberkonsistorialrat in Danzig und Mitglied der Zentralleitung des Gustav-Adolf-Vereins. Seine Mitgliedschaft im Ostdeutschen Kulturrat bezeugt der Danzig-Westpreußische Kirchenbrief, Lübeck 1956, Nr. 38

⁶⁸⁾ siehe: Evangelische Jugendinformation, Stuttgart 1960, Nr. 3, S. 4

⁶⁹⁾ siehe: Weg und Ziel, Organ des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen und Wolhynien, Hannover, März 1953

⁷⁰⁾ ebenda

mannschaften zur Beratung der gemeinsamen Aufgaben im zehnten Jahr nach der Vertreibung zusammen. Man beschloß einmütig, auf dem Gebiet der Jugendarbeit eine Arbeitsgemeinschaft der Organe beider Kirchen mit der Deutschen Jugend des Ostens zu bilden.“⁷¹⁾

Wenn im Jahre 1953 Oberkirchenrat Riedel noch davon sprach, daß es um die Pflege des geistigen, kulturellen Erbes, um die Weckung der Liebe zur alten Heimat ginge, so kann man nach der Einführung der Wehrpflicht und nach dem Eintritt Westdeutschlands in die NATO eine „neue Qualität“ in der „kirchlichen Vertriebenenarbeit“ feststellen. Die Schwelle dieses „Qualitätsumschlags“ bildet das Jahr 1955. Es muß zur Erklärung dieses Umschlags auf eine Äußerung des damaligen Bundesinnen- und heutigen Bundesaußenministers Dr. Gerhard Schröder hingewiesen werden, der im Publikationsorgan des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU“ Anfang 1956 rückblickend auf das Jahr 1955 schrieb:

„Mit dem Jahre 1955 beginnt ein neuer Abschnitt ... Die Wehrverfassung ist in den Grundzügen entschieden ... Mit der freien Welt ist die Bundesrepublik in einer vertraglich gesicherten Partnerschaft (NATO) verbunden. Was würde es uns bedeuten, wenn wir diese Feststellungen für ganz Deutschland treffen könnten – von Saarbrücken bis Königsberg, von Flensburg bis Breslau und Gleiwitz! Damit zeichnet sich klar die Aufgabe ab, die uns gestellt ist: das ganze Deutschland wiederherzustellen und seinen Bestand nach innen und außen zu kräftigen und zu sichern.“⁷²⁾

Diese Erklärung Dr. Schröders bestätigt haargenau die Einschätzung, die im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ gegeben wird, wenn es dort heißt, daß die deutschen Imperialisten etwa um die Mitte der fünfziger Jahre „die Periode der Stabilisierung ihrer Macht für abgeschlossen hielten und nunmehr zu einer Politik der aggressiven, kriegerischen Lösung der deutschen Frage auf ihre Weise überzugehen gedachten. Der Antikommunismus und der Revanchismus wurden von der Adenauer-Clique zur offiziellen Staatspolitik erhoben.“⁷³⁾

Wesentliche Bestandteile dieser von Schröder angekündigten neuen Etappe der Revanchepolitik waren der Militärseelsorgevertrag und eine „neue Qualität“ der „Vertriebenenarbeit“. Letztere war verbunden mit dem Entstehen neuer Einrichtungen. So wurde im Frühjahr 1958 der „Arbeitskreis für Ostfragen“ von Pfarrer Dr. Werner Petersmann, hauptberuflich Leiter der „Dienststelle für Vertriebenenseelsorge“⁷⁴⁾ in der Lan-

⁷¹⁾ Danzig-Westpreußischer Kirchenbrief, 1955, Nr. 30

⁷²⁾ Evangelische Verantwortung. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn 1956, Nr. 1, S. 2 (Hervorhebungen – H. D.)

⁷³⁾ Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 251

⁷⁴⁾ siehe: Sonntagsblatt, Hamburg, 18. Oktober 1964, S. 22

deskirchenleitung Hannover, gegründet. Ab Sommer 1958 traten unter Leitung von Dr. Dr. Kurt Rabl sogenannte „Ständige Fachtagungen Recht auf Heimat“ abwechselnd im evangelischen und katholischen Raum zusammen. Zwischen Petersmann und Rabl besteht eine enge Zusammenarbeit.

Sowohl Dr. Petersmann wie Dr. Rabl sind für ihre führende revanchistische Tätigkeit einschlägig vorbelastet. Sie waren vor 1945 eifrige Nazi-Ideologen und Spezialisten für Volkstumsfragen. Dr. Dr. Kurt Rabl hatte sich 1937/38 als staatsrechtlicher Berater Henleins, dann als Generalreferent beim Generalgouverneur Frank in Krakau sowie als Mitarbeiter des Instituts für deutsche Ostarbeit und schließlich als Ideologe in den Reihen der SS betätigt.⁷⁵⁾ Dr. Petersmann war Gauobmann der Deutschen Christen in Schlesien, Leiter des Theologischen Amtes der Reichsleitung Deutsche Christen, Leiter der Arbeitsgemeinschaft „Positives Christentum“; er hatte „praktische Schlußfolgerungen für die Entjudung der deutschen evangelischen Kirche“ gefordert und den Kampf gegen Bolschewismus, für die „arische Rasse“ und das deutsche Volkstum geführt.⁷⁶⁾

Im „Arbeitskreis für Ostfragen“ vereinigte nun Dr. Petersmann den Konvent der evangelischen „Vertriebenenkirchen“, den Katholischen Flüchtlingsrat, den „Bund der Vertriebenen“, den „Verband der mitteldeutschen Landsmannschaften“, den „Verband heimatvertriebener und geflüchteter deutscher Studenten“ (seit kurzem „Ostpolitischer Studentenbund“ genannt) sowie die „Deutsche Jugend des Ostens“⁷⁷⁾ zu einer Arbeitsgemeinschaft, an deren Tagungen auch Vertreter der Bonner Ministerien, vor allem des Kriegsministeriums (z. B. Dr. Erich Hermann vom Lehr- und Forschungsstab der Bundeswehrschule für Innere Führung – er war schon am Ende der Weimarer Republik hauptamtlich Funktionär in der „Völkischen Bewegung“ und dann in der NSDAP gewesen), teilnehmen.

Worin kam nun die „neue Qualität“ der von Dr. Petersmann und seinen Leuten betriebenen „Vertriebenenseelsorge“ nach Errichtung der Bonner Armee zum Ausdruck? Früher ging es, wie an den Ausführungen Riedels gezeigt wurde, um die „Pflege des geistlichen und kulturellen Erbes“ und die „Weckung der Liebe zur alten Heimat“. Jetzt, so schrieb Dr. Petersmann 1959 über die Tätigkeit des „Arbeitskreises für Ostfragen“, gelte es, die

„Heimatspflege“ zu erlösen zu einem geschichtlichen Sinn im gesamtdeutschen Zusammenhang. Es gilt vor allem ... vorzustoßen zu einer konkreten „Heimatpolitik“, heutige konstruktiv für den ostdeutschen Raum“.⁷⁸⁾

⁷⁵⁾ siehe: Neue Kommentare, Frankfurt a. M. 1961, Nr. 11/12. Ferner: Kurt Rabl: Amerika, Rußland und Europa. Amsteram 1944

⁷⁶⁾ siehe Kurt Meier: Die Deutschen Christen, Halle/S. 1964

⁷⁷⁾ siehe: Evangelische Welt, Bielefeld 1962, Nr. 12, S. 517. Dort werden alle diese Organisationen als Mitglieder aufgeführt.

⁷⁸⁾ Der Remter, Zeitschrift für Kultur und Politik in Osteuropa, hrsg. von Oberkons.-Rat D. Gerhard Gülzow, Vorsitzender des Ostkirchenausschusses der EKD, Stuttgart 1959, Nr. 4, S. 238

Jetzt sei es „nicht mehr ‚Heimweh‘ und Sehnsucht nach der Landschaft, die die Augen nach dem Osten richten. Es ist vielmehr die deutsche geschichtliche Verpflichtung im Abendland.“⁷⁹⁾

An anderer Stelle spricht Dr. Petersmann davon, daß es beim „harten Einsatz für Heimatrecht und bei der Restitution der der deutschen Heimat im Osten ... gar nicht so sehr um unser persönliches Heimweh und unsere eigenen Kinder“ gehe, sondern „um unser Volk und seinen Geschichtsauftrag in der Völkerwelt“.⁸⁰⁾

Die Realisierung dieses „deutschen Geschichtsauftrages“, dieser „deutschen geschichtlichen Verpflichtung im Abendland“ erhofft sich Petersmann von einer neuen Elite. Es sei ein Geschichtsexempel, wie erst eine Elite aus der napoleonischen Zeit und der Resignation nach der preußischen Niederlage zur Befreiung hin erweckend herausgerissen habe. Auch heute stünden bereits die Signale in Westdeutschland auf ein langsames Erwachen einer Elite.⁸¹⁾ Wenn Petersmann damit auf die Bemühungen des Bundes „Deutsche Jugend des Ostens“, des „Ostpolitischen Studentenbundes“ und der Bundeswehr hinweist, mag er recht haben. Der Vergleich mit der Situation nach 1806 ist allerdings absolut unzutreffend. Mit diesem Glorioschein einer zugleich nationalen wie der Befreiung Europas dienenden Mission, der sich die Männer um den Freiherrn von Stein verschrieben hatten, können sich die Revanchisten Westdeutschlands wahrlich nicht umgeben.

Wenn die „Deutsche Jugend des Ostens“ zur Realisierung der „deutschen geschichtlichen Verpflichtung im Abendlande“ in enger Anlehnung an die CDU/CSU (so wurde z. B. der Vorstand der DJO im März 1965 von Adenauer, Kai-Uwe von Hassel, Hans-Christoph Seebohm zu einer Aussprache empfangen, bei der man verstärkte Zusammenarbeit vereinbarte)⁸²⁾ antritt und durch ihren Sprecher Dr. Hans Christ im „Arbeitskreis für Ostfragen“ erklären ließ, daß man

„mit einer zur Rührseligkeit erzogenen Jugend keine gesamt-europäische Politik betreiben“⁸³⁾

könne, dann dürfte auch darin deutlich werden, daß es sich um eine aggressiv-revanchistische Zielstellung handelt, vor allem wenn man diese Erklärung vor dem Hintergrund der damals gerade offiziell verkündeten Absicht der Bonner Militaristen sieht, Atomwaffen in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen. Die Begründung für das Streben nach Atomwaffen, die der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr und heutige Militärberater der Bonner Regierung, der Nazigeneral Heusinger, auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskrei-

⁷⁹⁾ ebenda, 1960, Nr. 2, S. 111 (Hervorhebung – H. D.)

⁸⁰⁾ ebenda, Nr. 1, S. 43 (Hervorhebung – H. D.)

⁸¹⁾ ebenda

⁸²⁾ siehe: dod (Deutscher Ostdienst), Mitteilungsorgan des Bundes der Vertriebenen, Bonn, 29. 3. 1965, S. 5

⁸³⁾ Der Remter, 1958, Nr. 2, S. 109

ses der CDU/CSU im Sommer 1958 gab, zeigt, daß die Hitler-generale absolut nichts aus der Geschichte gelernt haben:

„Es ist ja nicht so, daß wir in Deutschland nur Spaß gehabt hätten am Soldatenspielen. Nein, es war eine bittere Notwendigkeit, vor der unser Volk ... gestanden hat, stark zu bleiben und sich zu verteidigen ... Jetzt haben wir den zweiten Weltkrieg verloren, jetzt ist unser Volk in zwei Teile geteilt, und jetzt stehen wir in genau derselben Situation, daß von uns, von der Haltung Westdeutschlands, die Zukunft Europas entscheidend abhängt.“⁸⁶⁾

Zur Erfüllung dieser Aufgabe müsse die Bundeswehr über Atomwaffen verfügen, erklärte Heusinger weiter.

Wollte man die vielen Tagungen aufzählen, die allein von Petersmann und Rabl organisiert, die vielen Bücher und Artikel, die von ihnen veröffentlicht wurden und die der politisch-klerikalen Begründung und Propagierung der Rolle Westdeutschlands für die Zukunft Europas, der „deutschen geschichtlichen Verpflichtung“, Mittel- und Osteuropa neu zu „ordnen“, den Status quo zu ändern, dienen, würde das viele Seiten füllen. Diese Bemühungen hatten vor allem auch den Zweck, wie Dr. Dr. Kurt Rabl selbst formulierte,

„der verantwortlichen Staatsführung jenes Material bereitzustellen, das sie befähigt, im Lauf der sich täglich erneuernden politischen – wenn man will: machtpolitischen Auseinandersetzungen anfälligen Umdeutungen oder auch bewußten Verfälschungen des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts Widerstand leisten zu können.“⁸⁷⁾

An den Beratungen über das „Heimatrecht“ und „Selbstbestimmungsrecht“, die von Rabl und Petersmann geleitet wurden, nahmen denn auch führende Vertreter (meist Staatssekretäre und Ministerialdirigenten) der Bonner Ministerien und Landsmannschaften teil. Als Beispiel für die Beteiligung maßgebender Politiker an den Diskussionen über „Heimat- und Selbstbestimmungsrecht“ sei hier auf Herrn Kai Uwe von Hassel, Stellvertretender Vorsitzender der CDU, Mitglied des Vorstands des Evangelischen Bundesarbeitskreises der CDU/CSU, verwiesen, der schon 1960 in der Diskussion über die Thesen Karl Barths zum „Heimatrecht“ seine revanchistisch-aggressive Konzeption, die er heute als Kriegsminister verfolgt, unmißverständlich verkündete.

Karl Barth hatte mit Entschiedenheit erklärt, daß es kein „absolutes ‚Recht‘ auf Heimat“ gäbe. Karl Barth hatte die Frage aufgeworfen, ob denn die „Heimatvertriebenen“ (von Karl Barth selbst in Anführungsstrichen genannt) oder jedenfalls ihre Kinder unterdes nicht längst eine neue Heimat gefunden hätten und ob der Anspruch auf die frühere Heimat verantwortet werden könne

⁸⁶⁾ Evangelische Verantwortung. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn 1958, Nr. 6

⁸⁷⁾ Studien und Gespräche über Selbstbestimmungsrecht, Hrsg. Kurt Rabl, München 1964, S. 12

a) gegenüber denen, denen sie unterdessen neue Heimat geworden ist, und

b) angesichts der heutigen Weltlage, in der die Durchsetzung dieses Anspruchs nach menschlichem Ermessen nur um den Preis eines allgemeinen, diesmal mit Atomwaffen auszufechtenden Krieges möglich wäre.⁸⁶⁾ In einer scharfen Stellungnahme gegen Karl Barth erklärte Herr von Hassel:

„Die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete ist nicht Sache der Heimatvertriebenen allein, vielmehr geht sie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit an. Das deutsche Volk sieht in der Wiedererlangung der deutschen Ostgebiete die Rückgängigmachung einer völkerrechtswidrigen Handlung, einer willkürlichen Abtrennung seit jeher deutschen Gebiets. Die Aufrechterhaltung dieses Unrechts könnte nur Quelle für neue Unruhen und Spannungen sein, die sich eines Tages der Kontrolle entziehen und zu Explosionen führen könnten.“⁸⁷⁾

Der Hinweis auf Unruhe und Explosionen, die dadurch entstünden, daß man den Bonner Herren die ehemaligen deutschen Ostgebiete vorenthält, ist auch von Gerstenmaier, Mende, Barzel u.a. verwendet worden. Demnach müßte man die Hassel, Gerstenmaier, Barzel, müßte man die Bonner Nazi-Generale direkt bedauern; sie scheinen ja ihr Bestes zu tun, um sich von den „unruhigen“ Volksmassen nicht in einen Krieg ziehen zu lassen.

Was für eine Blasphemie auf den Willen und die Interessen des Volkes! Das deutsche Volk, auch in Westdeutschland, will endlich Ruhe und Frieden. Wer hier Unruhe und Unfrieden und Explosionen systematisch schürt, das dürfte wohl klar sein. Warnend wies der Verteidigungsminister der DDR, Armeegeneral Heinz Hoffmann, auf die Methode westdeutscher Kriegsvorbereitung hin, die der Hitlers nicht unähnlich ist. Und besonders die Jugend kann nicht eindringlich genug mit diesem Geheimnis imperialistischer Kriegsentstehung bekannt gemacht werden, fehlt ihr doch die eigene Erfahrung. Armeegeneral Hoffmann schrieb:

„Es wird nicht Gewalt als solche propagiert (die Revanchisten in Westdeutschland sparen bekanntlich nicht mit Erklärungen über Gewaltverzicht – H. D.), sondern die Dinge werden so beleuchtet, daß, wie Hitler einst formulierte, die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“⁸⁸⁾

Zu denen, die die Unruhe systematisch schüren, gehört Dr. Rabl. Ausgerechnet der einstige führende Propagandist und Verfächer nazistischen „Rassenkampfes“ Dr. Dr. Kurt Rabl wagte es, in der Erwiderung auf Karl Barths Verurteilung des Bonner Revanchismus von „naiver Vorstellung“, von „Blasphemie der christlichen Botschaft“⁸⁹⁾ bei Karl Barth zu sprechen.

⁸⁶⁾ siehe: Der Remter, 1960, S. 140

⁸⁷⁾ Der Remter, 1960, S. 222 f.

⁸⁸⁾ Neues Deutschland, Berliner Ausgabe, 27. 2. 1965

⁸⁹⁾ siehe: Der Remter, 1960, S. 228 f.

Als Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer einmal andeutungsweise auf die nazistische Vergangenheit Rabls hinwies, antwortete dieser:

„Der Unterzeichnete leugnet nicht – und hat niemals abzustreiten versucht oder auch verschwiegen –, vor 20 Jahren Nationalsozialist gewesen zu sein. Wie nun, wenn er sich gerade deshalb in seinem Gewissen verpflichtet fühlt, heute für jenes Recht einzutreten, das damals gebrochen wurde? ... Darf der Unterzeichnete schweigen und dadurch aufs neue Schuld auf sich laden?“⁹⁰⁾

Diese eigenartige, im Bonner Staat allerdings nicht unübliche „Bewältigung der Vergangenheit“ durch einstige NS- und SS-Größen⁹¹⁾, die darin besteht, heute im Namen des „Rechts“ für die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete und gegen die sozialistischen Länder aufzutreten, läuft parallel mit einer ebenfalls recht eigenartigen Wendung bzw. Umkehrung in der ideologischen Begründung der „deutschen“ Gebietsansprüche, auf die Prof. Wolfgang Schweitzer in seiner Studie „Ideologisierung des ‚Rechts auf Heimat‘. Dargestellt im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das ‚Tübinger Memorandum der Acht‘“⁹²⁾ aufmerksam macht. In der Argumentation der Rabl, Petersmann, des Ostkirchenausschusses, der „Vertriebenenverbände“, der Bonner Regierung usw. heiße es immer:

„Es geht ja gar nicht (nur) um die Durchsetzung unserer Ansprüche, unserer Interessen; wir setzen uns ein für das Recht an sich, mehr noch: für das Recht der vielen anderen in der Welt. Und so scheint es ethische Pflicht zu sein, keinen Zolldreit nachzugeben. Was hier geschieht (so schreibt W. Schweitzer weiter – H. D.), nennen wir Ideologisierung des Rechts. Es fällt allerdings nicht leicht, diese Ideologisierung zu durchschauen. Bei den Nazis ging das primitiv vor sich. Es wurde offen zugegeben, daß das Recht den ‚Interessen des eigenen Volkes zu dienen habe‘.“⁹³⁾

⁹⁰⁾ Zeitschrift für evangelische Ethik, Gütersloh 1963, S. 261

⁹¹⁾ Auch der Chefredakteur des Gerstenmaier-Organs „Christ und Welt“, Dr. Giselher Wirsing, verfährt z. B. ähnlich. Vor 1945 war er SS-Sturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt und – wie Albert Norden an Hand von Personalakten der SS nachwies – dort auch an Aktionen Eichmanns beteiligt gewesen. Und ausgerechnet dieser Dr. Wirsing schrieb am 16. 6. 1961 als seinen Beitrag zur Vorbereitung der Aggression gegen die DDR: „In den langen Wochen des Eichmannprozesses haben sich Millionen Menschen immer wieder gefragt: Wie war das möglich? Nur ganz wenige wußten Genaues, aber Millionen haben sich nicht darum gekümmert, ob sie etwas wissen könnten. In diesem Augenblick aber geht die ganze Terrormaschine in der Zone weiter. Wir wollen nicht den Vorwurf auf uns ziehen, daß man noch einmal diese Frage stellen könnte.“

⁹²⁾ Prof. Wolfgang Schweitzer: Ideologisierung des „Rechts auf Heimat“? Dargestellt im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das „Tübinger Memorandum der Acht“. In: Zeitschrift für evangelische Ethik, 1963, S. 36 ff.

⁹³⁾ ebenda, S. 54 f.

Heute werde – im Ansatz der Argumentation gerade entgegengesetzt – an das allgemein-menschliche Rechtsempfinden appelliert. Gerade dies Bewußtsein solle in den Dienst des anscheinend zufällig mit den eigenen Interessen sich deckenden Handelns treten. Abgesehen davon, daß W. Schweitzer selbst von einer falschen Voraussetzung ausgeht, indem auch er die in Jalta und Potsdam beschlossene und von allen Besatzungsmächten durchgeführte Umsiedlung als „Unrecht“ und „Vertreibung“ bezeichnet, enthüllt er doch einen wesentlichen Teil des Mechanismus, durch den die Revancheideologie heute in Westdeutschland wirksam ist. Wolfgang Schweitzer geht von der Position aus, daß es sich um eine Übersteigerung, Verabsolutierung des „Heimatrechts“ handelt, die für eine politische Lösung der anstehenden Fragen völlig ungeeignet ist und der Veröhnung, dem Frieden entgegensteht. Er konzediert:

„Denen, die in dieser Richtung tätig sind, wird man das subjektive Bewußtsein, nur um der guten Sache willen – für alle Völker, die je davon betroffen werden könnten – tätig zu sein, nicht absprechen dürfen ... Man wird aber doch fragen müssen: ist das das Richtige, ist es das Recht, das ihr zu verwirklichen sucht?“⁹⁴⁾

W. Schweitzer stellt diese Frage vor allem angesichts dessen, was im Namen des deutschen Volkes anderen Völkern angetan wurde. Dabei gehe es

„nicht nur darum, daß Deutschland den Krieg begonnen hat (vgl. Bodo Freiherr von Richthofen, in Schlesische Rundschau, Jan.-Ausgabe 1962, der die Alleinschuld Deutschlands am Kriege bestreitet, weil das andere zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie führen könnte; von den deutschen Untaten in den besetzten Ländern redet er an dieser Stelle nicht. Darf man das Thema behandeln, ohne davon zu reden?), sondern vor allem auch um die Unrechthaten, die während des Krieges in den besetzten Gebieten verübt wurden.“⁹⁵⁾

W. Schweitzer setzt sich in diesem Zusammenhang auch mit W. K ü n n e t h auseinander. Prof. Künneth hatte auf der von Rabl geleiteten Tagung „Das Recht auf Heimat“ erklärt, daß „Verzicht“ gleichbedeutend mit Untreue gegenüber dem Vermächtnis Gottes, daß das Ringen um Heimatrecht nicht Ausfluß von Eigennutz und Eigenwilligkeit, sondern Konkretion der Treue zu Gottes Vermächtnis wäre.⁹⁶⁾ W. Schweitzer bemerkt dazu:

„Damit die Richtung dieser Sätze deutlich wird, muß gesagt werden: Hier fehlt eigentlich nur noch ein Satz (den Künneth freilich bewußt nicht aussprach, aber wer würde ihn in diesem Gedankengang als Fremdkörper empfinden?): ‚Diesem Prinzip zum Sieg zu verhelfen, ist die Sendung der Deutschen in unserer Zeit!‘“⁹⁷⁾

⁹⁴⁾ ebenda, S. 55

⁹⁵⁾ ebenda, S. 60

⁹⁶⁾ siehe: ebenda, S. 44

⁹⁷⁾ ebenda

W. Schweitzer kannte offenbar die Formulierungen Petermanns von dem „deutschen Geschichtsauftrag in der Völkerwelt“ nicht, auf die wir oben hinwiesen, sonst hätte er den Gedankengang Künneths an diesem praktischen Beispiel zeigen können. Petersmann und Rabl berufen sich deshalb nicht zufällig auf Künneth. Kurt Rabl behauptete unter direkter Bezugnahme auf das Referat von Prof. Künneth, daß

„unsere Arbeit von theologischer Seite ... als legitimiert zu gelten hat“.⁹⁸⁾

W. Schweitzer bestreitet diese theologische Legitimation aufs entschiedenste und setzt mit einer Kritik bei Künneths Anwendung und Verständnis des Begriffes „Vermächtnis Gottes“ ein. Dieser Begriff sei falsch und verwirrend. An Stelle von Vermächtnis sollte richtiger von „unverdienter Gabe“ im Zusammenhang mit der Heimat gesprochen werden. Auf die von Wolfgang Schweitzer unter Heranziehung der einschlägigen Darlegungen Karl Barths in der „Kirchlichen Dogmatik“ entwickelte Kritik an W. Künneth kann hier nicht weiter eingegangen werden.⁹⁹⁾ W. Schweitzer kommt zu folgendem Ergebnis:

„Gott sorgt für unser Recht! – Gewiß: er will, daß wir mit-sorgen. Aber das muß in der richtigen Weise geschehen – es könnte doch sein, daß wir viel zu lange in einer Weise für das Recht zu sorgen meinten, die ungewollt zum Unrecht führen würde, weil sie andere bedrohte? Noch schlimmer: die Spannungen erzeugt, die uns alle in unübersehbare Katastrophen führen könnten? ... Auch Künneth ... hat sich das echte evangelische Verständnis verbaut, indem er in die Polemik gegen die Verzichtspolitiker eingestimmt hat. Dabei geht es doch eigentlich gar nicht um wirklichen Verzicht, sondern nur darum, auf das Geltendmachen eines zunehmend illusionär gewordenen Anspruchs zu verzichten. (Dies betont mit Recht H. Gollwitzer in ‚Forderungen der Freiheit‘, München 1962.) Künneth kann einen etwaigen (später vielleicht dann unvermeidlichen) Verzicht nur negativ verstehen. Daß das Unterlassen des Geltendmachens jener Ansprüche befreiend wirken würde, daß es uns von Verkrampfung und die anderen von der Angst befreien würde: das kommt ihm leider nicht in den Sinn. Theologisch müßte er doch als guter Lutheraner gerade da, wo er vom Gericht Gottes spricht, auch von seiner Gnade sprechen müssen.“¹⁰⁰⁾

*

Viele Gedankengänge W. Schweitzers – und so wie er denken viele Christen in Westdeutschland – finden sich, wenn auch z. T. abgeschwächt, in der „Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und zum Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom 15. Oktober 1965. Während noch 1957 z. B. Bischof Dibelius als damaliger Vorsitzen-

⁹⁸⁾ ebenda, S. 51

⁹⁹⁾ siehe: ebenda, S. 46 ff.

¹⁰⁰⁾ ebenda, S. 60

der des Rates der „EKD“ sich in einem Brief an den Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften, Baron von Mantuffel-Szoegge, von Niemöllers Äußerung, daß die Oder-Neiße-Grenze eine selbstverständlich endgültige Grenze sei, distanzierte¹⁰¹⁾ und nach dem Erscheinen des Tübinger Memorandums im Spätherbst 1961 der Rat der „EKD“ sofort erklären ließ, daß es sich nicht um eine Stellungnahme der Kirche handle, ist mit der Denkschrift vom 15. Oktober 1965 die westdeutsche evangelische Kirchenleitung selbst so in Erscheinung getreten, daß auch sie von den Vertretern der Revanchepolitik politisch scharf angegriffen und theologisch der Schwärmerei beschuldigt wird.

Besonders charakteristisch dafür sind die Stellungnahmen des Geschäftsführers der Hermann-Ehlers-Gesellschaft, Friedrich Kühn (MdB). Dieser vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU getragenen Gesellschaft gehören führende Wirtschaftler und Politiker der Bundesrepublik an. Ihr Präsident ist der Bankier Dr. Meyer-Struckmann, Vizepräsidenten sind Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard und Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder. Friedrich Kühn wurde damals vorgeschickt, um das Tübinger Memorandum zurückzuweisen. Er lehnte die „Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab und wandte sich dagegen, die Hallstein-Doktrin aufzugeben“.¹⁰²⁾ Zur Denkschrift erklärte Friedrich Kühn, sie mache in einer gefährlichen Weise deutlich, wie rein weltliche mit eschatologischen Erwartungen ausgetauscht und verwechselt würden. Das aber sei Schwärmertum, das sich seit langem in der evangelischen Kirche breitmache und deren Kraft lähme, zu glaubhaften Aussagen zu kommen.¹⁰³⁾

Nach Veröffentlichung der Denkschrift ist zum erstenmal der Fall eingetreten, daß sich extrem revanchistische Elemente mit Verleumdungsbriefen und Morddrohungen an Repräsentanten der „EKD“ wandten, die in den vergangenen Jahren an der Hochzüchtung des Revanchismus nicht unbeteiligt waren, wie etwa Bischof Lilje.

Wie mag es zu dieser veränderten Haltung der Kirchenleitung in Westdeutschland gekommen sein? Der unmittelbare Anstoß für die 1963 begonnene Ausarbeitung der Denkschrift dürfte durch das Tübinger Memorandum und die von diesem ausgelöste Diskussion und Reaktion gegeben worden sein. Dabei war soviel nationalistischer Haß gegenüber den östlichen Nachbarvölkern, insbesondere gegenüber dem polnischen Volk und den sowjetischen Völkern sichtbar geworden, der von den um Versöhnung ringenden Christen nicht vermutet worden war und nicht hingenommen werden konnte. So schrieb einer der Verfasser des Tübinger Memorandums, Präses D. Dr. Joachim Beckmann:

¹⁰¹⁾ siehe: Der Tagesspiegel, (West-)Berlin, 26. 3. 1957

¹⁰²⁾ Frankfurter Allgemeine, Ausgabe D, I. 3. 1962

¹⁰³⁾ siehe: Der Tagesspiegel, 19. 11. 1965 (Unter Berufung auf „Echo der Zeit“)

„Es wäre für uns Deutsche beschämend, wenn man eine Anzahl von Schreiben bekanntgäbe, die die Verfasser und Unterzeichner des Memorandums bekommen haben. Alle, die davon erfüllt sind, daß Deutschland ein einklagbares Recht auf seine Grenzen von 1937 habe, dürfen nicht vergessen, daß der Verlust des Ostraums und noch viel mehr Folgen einer deutschen Politik sind, die mit den Grenzen von 1937 nicht einverstanden war. Durch die Politik seiner Regierung hat Deutschland den zweiten Weltkrieg vom Zaune gebrochen, die meisten seiner Nachbarn im Frieden überfallen, über 6 Millionen Juden ermordet . . . Woher nehmen wir eigentlich das Recht, von unserem Recht zu sprechen angesichts des maßlosen Unheils, das durch uns über Europa gekommen ist?“¹⁰⁴⁾

Der Mitunterzeichner des Tübinger Memorandums Prof. Dr. Raiser, der als Vorsitzender der „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der westdeutschen evangelischen Kirchen federführend an der Ausarbeitung der Denkschrift beteiligt war, stellte fest: gerade als Jurist sei ihm aufgefallen, wie die „Vertriebenen“-Führer immer nur von dem verletzten Recht der Deutschen sprächen und völlig verschweigen würden, in welcher Unrechtssituation das deutsche Volk sich gegenüber dem polnischen und anderen Völkern befunden hat. Prof. Raiser fügte hinzu, daß es die Aufgabe der Kirche zu sein scheine, das Volk in Westdeutschland auf diese sehr unbequeme Tatsache aufmerksam zu machen, wenn die politischen Führer nicht bereit sind, es zu tun.

Die Reaktion der extrem revanchistischen Kräfte auf das Tübinger Memorandum, auch in kirchlichen Kreisen, hatte die abgrundtiefe Kluft zwischen einem auf das „göttliche Recht auf Heimat“ sich berufenden „deutschen Rechts- und Herrschaftsanspruch“ auf die früheren deutschen Ostgebiete einerseits und wahrhafter christlicher Friedens- und Nächstenliebe andererseits eklatant in Erscheinung treten lassen. Den krassesten Gegensatz zur Nächstenliebe bekundeten die Erklärungen des Pfarrers Dr. Werner Petersmann; auf der Linie seiner Argumentation liegen die „Lübecker Thesen“ des Ostkirchenausschusses und viele andere Verlautbarungen. Wir wollen das hier an Petersmanns Argumentation gegen die Erklärungen der Prager Christlichen Friedenskonferenz zur Deutschlandfrage demonstrieren und zuvor den Feldzug Petersmanns gegen die Denkschrift vom 15. Oktober 1965 kurz beleuchten, um gewisse wiederkehrende Grundstrukturen in der politisch-klerikalen Revanche-Ideologie der Kreise um Petersmann deutlich zu machen, die über das hinausgehen, was W. Schweitzer herausarbeitete.

Pfarrer Dr. Werner Petersmann verfaßte die erste „theologische“, gegen die Denkschrift gerichtete Stellungnahme, die im Zentralorgan des „Bundes der Vertriebenen“, im „Deutschen Ostdienst“ (dod), vom 27. Oktober 1965 erschien. Unter dem

¹⁰⁴⁾ Der Weg, Evangelisches Sonntagsblatt für das Rheinland, Düsseldorf, 18. 3. 1962

Pseudonym A. D. Moerpenius und der Überschrift „Fragwürdige Theo-Logik“ behauptet er, daß der Denkschrift eine „Schwärmerei des Glaubens und eine Schwärmerei des Handelns“ zugrunde liege. Unter Schwärmerei versteht Petersmann,

„theologisch gesprochen, den Übergriff in den göttlich-jenseitigen Bereich, während wir doch im harten irdischen Diesseits zu leben haben.“¹⁰⁵⁾

Die Schwärmerei des Glaubens bestehe in der Deutung von Schicksal und Geschichte. Der Plan des göttlichen Waltens bleibe undurchschaubar, deshalb könne man kein endgültiges Gericht feststellen und auch nicht die politische Folgerung ziehen, die augenblicklichen Machttatsachen als endgültig anzuerkennen.¹⁰⁶⁾ Man müsse warten, bis (nach einem Ausspruch von Th. Mommsen) „die Weltgeschichte auch für uns einmal wieder um die Ecke kommt.“¹⁰⁷⁾

Die Spekulation auf eine bessere Möglichkeit für die Verwirklichung der Revanchepläne, als sie heute besteht, wird in Westdeutschland nicht nur von Petersmann gezüchtet. Das Vorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats des Bundes der „Vertriebenen“, Baron von Manteuffel-Szoegge, schrieb z. B. in dem Artikel „Gedanken zur Wiedervereinigung“, auf den wir noch zurückkommen werden:

„Es muß alles geschehen, um das Vertrauen unserer westlichen Nachbarn zu erhalten. Nur wenn uns der Westen vertraut, können wir die Hoffnung hegen, daß er uns zustimmt, wenn wir Chancen, die uns die Zukunft vielleicht bietet, nutzen. Je zuverlässiger wir uns dem Westen gegenüber verhalten, desto größer mag einmal unsere Bewegungsfreiheit dem Osten gegenüber sein.“¹⁰⁸⁾

Ein Oberstleutnant der Bundeswehr (W. Schmidt-Taube, Bad Neuenahr) geht von der These aus:

„Die politische Situation ändert sich oft so unendlich schnell . . . Die Denkschrift ist übereilt. Noch sind unsere Ostgebiete, ist unsere Heimat nicht verloren! Ich hoffe und glaube weiter an ihre gewaltlose Rückkehr ins Deutsche Reich.“¹⁰⁹⁾

Vor den „gegebenen Realitäten“ zu kapitulieren, wie das die Denkschrift tut, sei falsch, behauptet der Oberstleutnant weiter und stellt schließlich die Frage:

„Warum eigentlich sollte man die Polen nicht doch wieder hinausbringen?“¹¹⁰⁾

¹⁰⁵⁾ Deutscher Ostdienst (dod), Bonn, Nr. 43, 27. 10. 1965, S. 3

¹⁰⁶⁾ ebenda

¹⁰⁷⁾ ebenda

¹⁰⁸⁾ Georg Baron von Manteuffel-Szoegge: Gedanken zur Wiedervereinigung. In: Der Remter, 1958, Nr. 2, S. 77

¹⁰⁹⁾ Sonntagsblatt, 9. 1. 1966, S. 14 (Leserbriefe)

¹¹⁰⁾ ebenda

Und auch Dr. Dr. Kurt Rabl plädiert in seiner Auseinandersetzung mit der Denkschrift für das

„Abwarten unter Wahrung des positiven Rechts und der sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Anspruchskonsequenzen.“¹¹¹⁾

Die Chancen für die Verwirklichung der Revanchepläne, auf die man hofft, würden aber nur dann wahrgenommen werden können, wenn die Bundesrepublik militärisch stark¹¹²⁾ und geistig dafür vorbereitet sei. Diese Vorbereitung liegt nun nach Petersmann in der Vermeidung von Schwärmerei in bezug auf die göttliche, versöhnende Liebe und das Recht. Gott lasse sich zwar nicht in die Karten schauen, aber sein Wille sei (nach Petersmann) in den sittlich-rechtlichen politischen Ordnungen der irdischen Geschichtswelt erkennbar gegeben. Es sei ein schwärmerischer Übergriff, durch die versöhnende Liebe das „Recht“ zu ersetzen oder zu zersetzen; mit dem Evangelium könne man die Welt nicht regieren, d. h. auch nicht Politik machen, am allerwenigsten Außenpolitik:

„Und hier sind die ‚Nächsten‘ für die politische Verantwortung zu- ‚nächst‘ immer das anvertraute eigene Volk, in unserem Falle gerade die Heimatvertriebenen. Aber auch das ganze Vaterland, dessen geschichtlich anvertrauten und für die Generationen der Zukunft lebensnotwendigen Raum es zu wahren gilt. Und damit die völkerrechtlich zu sichernde Friedensordnung in der ganzen Welt. Es entspringt der Versöhnungs-Schwärmerei, das Völker-Recht grundsätzlich wie praktisch zu bagatellisieren und ausschließlich als Anwalt der polnischen Interessen zu plädieren, und das noch unter Berufung auf die sachlich-kritisch längst beanstandete Dissertation des jungen Bluhm, mit befremdender Wiedereinführung der ‚Lebensraum‘-These für Polen und mit dem Anwaltskniff, zu den klaren deutschen Rechts-Ansprüchen politische Aspekte solcher Art hinzuzufügen und auf die Weise ‚Recht‘ gegen ‚Recht‘ zu fingieren, um schließlich das Ziel des ‚Verzichts‘ zu erreichen.“¹¹³⁾

Die hier sich abzeichnende Struktur der politisch-klerikalen Begründung des Revanchismus tritt an der Argumentation Petersmanns gegen die Erklärungen der Prager Christlichen Friedenskonferenz zur Deutschland-Frage noch deutlicher hervor. Pfarrer Dr. Werner Petersmann hatte 1962 – neben dem seit 1958 bestehenden „Arbeitskreis für Ostfragen“ – einen „Johann-Heermann-Kreis für gesamtdeutsche Verantwortung“ gegründet, der sich um die Fragen geschichtlich begründeter gesamtdeutscher Verantwortung „im Lichte evangelischer Ethik bemüht.“¹¹⁴⁾ In Heft Nr. 4 der von Dr. Petersmann im Namen dieses Johann-Heermann-Kreises herausgegebenen Schriftenreihe „Jedermann“ befaßt sich Adalbert H u d a k mit

dem Thema „Die Prager Friedenskonferenz“. Im Nachwort „Die Prager Allchristliche Friedenskonferenz und der gerechte und (darin) dauerhafte Friede“ setzt sich Dr. Petersmann mit der „Schwärmerei“ der Prager Christlichen Friedenskonferenz, ihres Präsidenten Prof. H r o m á d k a und dessen Lehrers Prof. Karl Barth auseinander.

Da wird Karl Barth vorgeworfen, daß er im Bolschewismus eine konstruktive Idee entdeckt habe.¹¹⁵⁾ Ein Zeichen des Schwärmertums sei es, wenn die Entschließung der II. Prager Allchristlichen Friedenskonferenz,

„das Kriegspropaganda-Klischee der damaligen Ost-West-Alliierten aufnehmend, ‚Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege‘ brandmarkend herausstellt.“¹¹⁶⁾

Schließlich wettet Petersmann am meisten dagegen, daß in der Entschließung der II. Prager Allchristlichen Friedenskonferenz eine „völkerrechtlich allseitig anerkannte Stabilisierung der durch das Kriegsende geschaffenen Tatsachen“ gefordert wird. Das sei ein

„seltsamer Kurzschluß auf derselben Linie unnüchtern-schwärmerischer Unlogik ... Und weder das ‚Faktum‘ des Protektors haben die Tschechen hingenommen, noch auch die selbstverschuldete und völkerrechtlich echt begründete Abtrennung des deutschen Sudetenlandes noch die ebenso völkerrechtlich begründete Verselbständigung der Slowakei.“¹¹⁷⁾

Das zeige, daß geschaffene Tatsachen erst recht nicht hingenommen werden dürfen, wenn sie nicht dem „Recht“ entsprechen. Sie müßten nach den Maßstäben des Rechts – so wie es die westdeutschen Revanchisten auslegen – korrigiert werden.¹¹⁸⁾

Diese erschreckende Polemik des Dr. Petersmann, der sogar die politischen Revancheforderungen eines Seeböhm „theologisch“ zu rechtfertigen sucht, hat u. a. dazu beigetragen, die Prager Christliche Friedenskonferenz auch in Westdeutschland nur noch populärer und glaubwürdiger zu machen. Die Prager Christliche Friedenskonferenz half ihrerseits vielen westdeutschen Christen, die christliche Friedensbotschaft und das Gebot der Nächstenliebe mit den Realitäten der Welt in eine bessere Verbindung zu bringen.

Auch die Entwicklung im Weltkirchenrat, in der ökumenischen Christenheit insgesamt bedeutete eine ähnliche Unterstützung der in Westdeutschland für Frieden und Versöhnung eintretenden Christen. Es zeigte sich, daß alle Versuche, friedensgefährdende Positionen des westdeutschen Imperialismus und Militarismus durch Organe des Weltkirchenrates anerkennen zu lassen, scheiterten und in die Isolierung führten. Das bekam besonders Bischof Lilje zu spüren, von dessen Eintreten

¹¹¹⁾ ebenda

¹¹²⁾ Der Remter, 1958, Nr. 2, S. 77

¹¹³⁾ ebenda

¹¹⁴⁾ siehe: Jedermann. Eine Schriftenreihe des Johann-Heermann-Kreises, herausgegeben von Dr. theol. Werner Petersmann, München 1964, Nr. 4, S. 1

¹¹⁵⁾ ebenda, S. 44

¹¹⁶⁾ ebenda, S. 46

¹¹⁷⁾ ebenda

¹¹⁸⁾ ebenda

für die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik, bei dem er völlig Schiffbruch erlitt, die „Deutsche Zeitung“ berichtete, als sie über die politische Erklärung der Weltkirchenkonferenz schrieb:

„Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr paßt den Sowjets nicht, manche Leute vermuten, daß auch der Präsident Kennedy sie nicht mag – was liegt also näher, sie ein provokatorisches Vorhaben zu schelten? Dem hannoverschen Landesbischof Lilje ist zu danken für sein Nein.“¹¹⁹⁾

Die Weltchristenheit lehnt die atomare Bewaffnung der Bundeswehr entschieden ab – nur Bischof Lilje war dafür. So hat sich die Lage geändert! Was helfen da das Lob und der Dank der Zeitung der westdeutschen Großbourgeoisie?

Wie sehr man sich mit der Rechtfertigung von Revanche- und Aggressionsabsichten heutzutage in der Weltchristenheit isoliert, wurde auch besonders deutlich, als im Herbst 1962 die aggressiven Kreise der USA ihren Überfall auf das freie sozialistische Kuba wiederholen wollten. Sie stießen dabei nicht nur auf Protest und solidarische Gegenmaßnahmen der sozialistischen Welt, insbesondere der Sowjetunion, sondern auch auf Widerspruch in den weltweiten Kreisen der Kirchen bis hinauf zum Weltkirchenrat. Einsam und verlassen polemisierten lediglich zwei westdeutsche Bischöfe, Lilje und Halmann, gegen die Verurteilung der drohenden US-Aggression durch „drei westliche Amtsträger des Weltkirchenrats, Präsident Frey, New York, Visser't Hooft, Genf, und Payne, London“, die sie als eine „unzulässige Parteinahme der Kirche“, als „einen befremdlichen Akt“ bezeichneten.¹²⁰⁾

Die hier angedeuteten Veränderungen in der Weltchristenheit sind ja selbst nur Spiegelbild und Bestandteil viel umfassenderer Veränderungen in der Welt, die in den letzten Jahren vor sich gegangen sind und von denen die Festigung der sozialistischen Länder, einschließlich der DDR, die Entstehung vieler junger Nationalstaaten, die Verbreitung und Verwurzelung des Gedankens der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auch in den kapitalistischen Ländern und damit der Abbau des militanten Antikommunismus, die Aussichtslosigkeit der von J. F. Dulles forcierten „rollback“-Politik wohl die wichtigsten Ereignisse sein dürfen.

Auch in der Denkschrift selbst wird davon gesprochen, daß sich die weltpolitische Situation gegenüber den fünfziger Jahren deutlich verändert habe und heute allseits von der westdeutschen Bundesrepublik ein Beitrag zur Entspannung gefordert würde. Wenn sie ihn nicht leistet, würde sie sich nur noch mehr isolieren und mit ihren politischen Vorstellungen neben die weltpolitische Wirklichkeit geraten.¹²¹⁾

¹¹⁹⁾ zitiert nach: Neue Zeit, 5. 12. 1961

¹²⁰⁾ siehe: Die Welt, 14. 11. 1962

¹²¹⁾ siehe: Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, Hannover 1965, S. 43 und S. 9

Die Verfasser der Denkschrift versuchen nicht nur, den Westdeutschen bewußt zu machen, daß es weltpolitisch keine Möglichkeiten zur Veränderung der Oder-Neiße-Grenze gibt und daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete für Polen lebensnotwendig sind. Sie weisen darauf hin, daß ja im Namen des deutschen Volkes im letzten Krieg den Völkern des Ostens furchtbar schweres Unrecht zugefügt worden ist. Schon darum sei ein westdeutscher Anspruch auf Wiederherstellung des früheren Staatsgebiets nicht berechtigt.¹²²⁾

In theologischer Sicht wird dieser Aspekt unter Gottes Handeln in Gericht und Gnade gestellt.¹²³⁾ Vor einer pseudo-religiösen Vergötzung des Heimatbegriffs wird gewarnt.¹²⁴⁾ Ein falsches Heimatverständnis könne schließlich die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Umgesiedelten daran hindern,

„nach dem Verlust der Heimat sich ohne Resignation den neuen Aufgaben ihres Lebens zuzuwenden, und sich damit auch ihnen gegenüber als unbarmherzig erweisen.“¹²⁵⁾

Ein derartig falsches Heimatverständnis findet sich in den „Lübecker Thesen“ des Ostkirchenausschusses. Die „Bielefelder Thesen“ (vom Kreis um Wolfgang Schweitzer) gelangen dagegen von ihrem theologischen Verständnis her zu der politischen Folgerung:

„Zu einem neuen Verhältnis zwischen den Deutschen (in der Bundesrepublik – H. D.) und unseren Nachbarn in Ost und West kann es nur kommen, wenn wir alle Versuche aufgeben, die bedingungslose Kapitulation von 1945 und ihre Folgen rückgängig zu machen, und wenn man an die Stelle von Selbstrechtfertigungsversuchen und im tieferen Sinn nicht gerechtfertigten Rechtsansprüchen die Versöhnung tritt.“¹²⁶⁾

Kritisch muß u. a. angemerkt werden, daß in der Denkschrift ständig von „Vertreibung“ statt von der in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens rechtsgültig beschlossenen Umsiedlung gesprochen wird.

Die Verfasser der Denkschrift erwähnen und zitieren das zwischen der DDR und Polen geschlossene Grenzabkommen vom 6. Juli 1950 und die ihm vorausgegangene Warschauer Deklaration. Damit wird sicher manchem Westdeutschen zum erstenmal ein Teil des Textes jenes Abkommens bekannt. Im Interesse der Weiterentwicklung und Vertiefung gutnachbarlicher Beziehungen, des Friedens und der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke wurde damals vereinbart, die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße als endgültige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen zu markieren.

Mindestens das historische Verdienst der DDR und ihrer Be-

¹²²⁾ siehe: ebenda, S. 28.

¹²³⁾ ebenda, S. 15

¹²⁴⁾ ebenda, S. 33

¹²⁵⁾ ebenda

¹²⁶⁾ ebenda, S. 36

völkerung einschließlich ihrer christlichen Bürger, den deutschen Namen bei unseren östlichen Nachbarvölkern wieder zu Ehren gebracht und ein echtes Vertrauensverhältnis hergestellt zu haben, hätte in der Denkschrift eine ausdrückliche Würdigung verdient. In Wirklichkeit beschränkt sich ja das historische Verdienst der DDR nicht darauf. Die Existenz und weitere Stärkung der DDR als des ersten deutschen Friedensstaates, der durch die Überwindung des Imperialismus die Wurzeln jeglichen Revanchegeistes beseitigt und durch den Aufbau des Sozialismus die Grundlagen für wahrhaft brüderliche Beziehungen zu den anderen Völkern geschaffen hat, sein enges Bündnis mit den anderen sozialistischen Ländern lassen immer mehr Menschen in Westdeutschland zu der Überzeugung kommen, daß Revanchepolitik nicht nur unmoralisch, sondern aussichtslos und lebensgefährlich ist.

Der Versuch des deutschen Imperialismus, seine Niederlage in dem von ihm angezettelten zweiten Weltkrieg wieder auszugleichen, also seine Revanchepolitik, richtet sich nicht nur gegen Staaten anderer Völker, sondern auch und in erster Linie gegen den Friedensstaat des deutschen Volkes, gegen die DDR. Und weil es sich bei der DDR und den mit ihr verbündeten Staaten, auf deren Territorien der westdeutsche Imperialismus Anspruch erhebt, um sozialistische Länder handelt, ist der Revanchismus heute ganz besonders mit dem militanten Antikommunismus verschmolzen.

Nicht wenige revanchistische Erklärungen gegen die Denkschrift werfen dieser gerade vor, daß sie von der Tatsache der „Herrschaft des atheistischen Kommunismus“ abgesehen habe. „Die EKD fördere allein die Zementierung atheistischer Regime in Ost- und Mitteleuropa“, heißt es in der Erklärung des Präsidiums des „Bundes der Vertriebenen“.¹²⁷⁾

Die antikommunistische Mission, zu der sich die westdeutschen Revanchisten berufen fühlen, wird sogar als eine Aufgabe angesehen, die für die „Freiheit“ Mittel- und Osteuropas geleistet würde. Es muß immer hellhörig machen, wenn Vertreter des deutschen Imperialismus sich für die Freiheit anderer Völker einsetzen, diese „befreien“ wollen. In echt imperialistisch-deutscher Arroganz erklärte z. B. der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel,

„Die Nichtanerkennung der Zone und der Oder-Neiße-Linie erfüllen eine europäische Funktion. Millionen Europäer in Warschau, Prag, Budapest und Sofia hoffen auf die Wiedererlangung der Freiheit, vorwiegend auch deswegen, weil wir Deutschen uns mit den von Kommunisten geschaffenen Tatsachen nicht abfinden.“¹²⁸⁾

Unter den führenden Revanche-Ideologen gibt es seit langem Diskussionen darüber, in welcher Reihenfolge die Revancheziele verwirklicht werden sollten. Das erinnert an ähnliche Dis-

¹²⁷⁾ siehe: Westfälische Rundschau, Dortmund, 18. 10. 1965

¹²⁸⁾ Deutscher Ostdienst (dod), 20. 1. 1965

kussionen in der Weimarer Republik – es sei an den Artikel von Lange im „Völkischen Handbuch“ von 1925 erinnert (vgl. oben S. 10). So wurde auf dem von Bundeskanzler Erhard begrüßten sogenannten „Vorparlament der Deutschen“, einer Tagung der Vertreter aller „Landmannschaften Ost- und Mitteldeutschlands“, im September 1965 verkündet:

„Die Verbände der Vertriebenen haben immer wieder erklärt, daß sie den Vorrang der engeren Wiedervereinigung anerkennen würden, wenn dieser innerhalb der Demarkationslinien der ehemaligen vier Besatzungszonen möglich sei. Damit wäre einer von 75 Millionen Menschen legitimierte gesamtdeutsche Regierung ein eindrucksvolles Mandat für anschließende Friedensverhandlungen gegeben.“¹²⁹⁾

Und Georg Baron von Manteuffel-Szoegge schrieb bereits 1958 als Vorsitzender des „Verbandes der Landmannschaften“ im Organ des Ostkirchenausschusses der EKD:

„Gelegentlich wird die Meinung vertreten, wir sollten jetzt nicht von der Oder-Neiße reden, sondern zunächst nur an die Wiedervereinigung denken. Das wäre zu überlegen, wenn eine wirkliche Aussicht bestände, auf dem Verhandlungswege die Wiedervereinigung zu gewinnen.“¹³⁰⁾

Daß der CDU-Baron damit nicht Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR meint, zeigt sich sofort an den von ihm angeführten Voraussetzungen, um der Wiedervereinigung näherzukommen. Entscheidend sei die militärische Stärkung der Bundesrepublik und die Gewinnung von Vertrauen im Westen. Je mehr das gelinge, desto größer werde einmal

„unsere Bewegungsfreiheit dem Osten gegenüber sein... Die Wiedervereinigung ist ein Bestandteil der deutschen Ostpolitik“.¹³¹⁾

Weil jedes Volk eine Schöpfung Gottes sei (der Baron verweist dazu auf R a n k e), hätten die Deutschen die Pflicht, sich um ihrer selbst willen und um Europas willen zu erhalten, zu entwickeln und dem Bolschewismus Widerstand zu leisten.¹³²⁾

Ganz in diesem Sinne hatte auch der Arbeitskreis für Ostfragen unter Pfarrer Dr. Petersmann 1960 den Begriff „gesamtdeutsch“ dahingehend definiert, daß

„diese Wortbildung Auge, Herz und Willen auf die Einheit und Ganzheit des bisherigen legitimen Deutschen Reiches richtet und daß es dabei um ein solidarisches Denken geht, das diesen Gesamtbereich umspannt und seine ‚Wiedervereinigung‘ will“.¹³³⁾

Gleichzeitig wurde hinzugefügt, daß es aber zunächst darauf ankäme, die „Freiheit“ der Bundesrepublik auf die „sowjetische Besatzungszone“ auszudehnen.¹³⁴⁾

¹²⁹⁾ ebenda, 10. 9. 1965

¹³⁰⁾ Georg Baron von Manteuffel-Szoegge: Gedanken zur Wiedervereinigung. In: Der Remter, 1958, S. 72

¹³¹⁾ ebenda, S. 77

¹³²⁾ ebenda, S. 78

¹³³⁾ ebenda, 1960, S. 233

¹³⁴⁾ ebenda, S. 362

Bekanntlich scheiterten diese Versuche endgültig mit dem 13. August 1961. Der Kreis der Menschen, der das einsieht, vergrößert sich seitdem immer mehr. Gleichzeitig nimmt aber auch der verzweifelt-verbissene Fanatismus der Revanchisten zu, je mehr er im eigenen Lande und selbst im westlichen Ausland als Gefahr für den Frieden erkannt wird. Das kam bereits im Leitartikel des Chefredakteurs von „Christ und Welt“, Dr. Giselher Wirsing, am Vorabend der Bundestagswahl 1961 zum Ausdruck. Der Gleichschritt mit den Amerikanern allein genüge nicht,

„weil deren Interessen zwangsläufig dort enden, wo ihr Prestige als Großmacht nicht mehr unmittelbar berührt ist. Konkret also einen Meter vor der Mauer in Berlin. Unsere Interessen enden dort nicht. Und man spürt wohl ringsum im Lande die Gefahr, daß eines Tages auch im Westen als ‚Revanchist‘ gelten könnte, wer darauf beharrt.“¹³⁵⁾

Jetzt unterstützen die westdeutschen Revanchisten die US-Aggression in Vietnam, um wenigstens Atomwaffen für ihre eigenen Zwecke zu erhalten.

Es ist kein Zufall, daß die schärfsten Artikel gegen die Denkschrift auch aus dem Kreis um Giselher Wirsing, den einstigen SS-Sturmchef im Reichssicherheitshauptamt, Fachmann Schellenbergs für Fragen des Fernen Ostens und Mitarbeiter aus dem Hitlerschen Außenministerium, kamen. Sein Mitarbeiter von damals, H. G. von Studnitz, heute Redakteur in „Christ und Welt“, verlangt (sinnigerweise am Reformations-tag) die politische Gleichschaltung der evangelischen Kirche und begründet das damit, daß die Deutschen, von denen Bismarck einmal gesagt habe, sie hätten außer Gott nichts in der Welt zu fürchten, heute Anlaß hätten, auch die Theologen zu fürchten.¹³⁶⁾

Der Aktionär von „Christ und Welt“ Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier polemisiert gegen die Denkschrift, weil sie dem Argwohn ein weites Feld lasse:

„Was heißt das ‚Ja zum Gericht Gottes‘, das nach der Meinung der Denkschrift ‚den Weg zu neuen Aufgaben frei macht‘?“¹³⁷⁾

Er fragt, ob das „Ja zum Gericht Gottes“ am Ende nicht nur den Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, sondern auch noch die „Anerkennung des Ulbricht-Regimes“ verlange.¹³⁸⁾

Der Berichterstatter der „Welt“, Bernd Nellesen, mußte in seinem Artikel über die Diskussion in der Evangelischen Akademie Bad Boll im Januar 1965, an der sich Prof. Dr. Raiser, Oberkirchenrat Wilkens und andere Verfasser und Anhänger der Denkschrift auf der einen Seite und als Gegner der

Denkschrift unter anderen Oberkonsistorialrat Gölzow, Wenzel Jaksch, Bundesminister Gradl beteiligten, resigniert feststellen:

„Wenn sie (die Kirche – H. D.) heute recht dezidiert zur Oder-Neiße-Grenze Stellung nimmt, dann könnte sie auch morgen, bliebe sie konsequent auf diesem eingeschlagenen Weg, die Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten in einer neuen Denkschrift empfehlen.“¹³⁹⁾

Genau in diesem Sinne hat vor allem ein großer Teil der westdeutschen Jugend die Denkschrift verstanden. Das klingt in einer Erklärung der Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftslebens an, ebenso in einer Entschließung der evangelischen Jugend.¹⁴¹⁾ Mit vollem Recht meint Oberstudienleiter Dr. Hans Scheerer im „Sonntagsblatt“ vom 12. 12. 1965, daß die Argumente der Kritiker der Denkschrift

„fast durchweg dem nationalistischen Arsenal vergangener Epochen entstammen. Die Diskussion zeigt, wie stark dieser machtpolitische Nationalismus, der uns schon zweimal ins Unglück gestürzt hat, noch lebt. Ihn zu überwinden dürfen wir nie müde werden. Gelingen aber wird dies wohl erst der jungen Generation, die in der Frage der Ostpolitik einschließlich der Wiedervereinigungsfrage in ihrer Mehrheit wesentlich realistischer denkt als die ältere. Das läßt hoffen!“

Es wäre jedoch gefährlich, weiter nichts zu tun als darauf zu hoffen und die Revanchisten inzwischen gewähren zu lassen!

Die Machtpolitik der westdeutschen Revanchisten mag in verschiedenen Varianten auftreten, etwa als Bestreben, die ehemaligen deutschen Ostgebiete als Mittel der Erpressung oder als Objekt eines Kuhhandels für die Erreichung der ersten Stufe der Revancheziele – die Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik – benutzen zu wollen. Daß die Denkschrift nicht wenigstens diese Variante befürworte, machen ihr die Gerstenmaier und Gradl besonders zum Vorwurf.¹⁴²⁾ Die Regierungen der Volksrepublik Polen, der Sowjetunion und der CSSR haben keinen Zweifel daran gelassen, daß derartige Versuche der Bonner Revanchisten absolut aussichtslos sind.

Gleich, welche Variante die Revanchisten und ihre verschiedenen Gruppen bevorzugen – eine auf die Änderung des Status quo in Mitteleuropa, auf die Ausdehnung des Herrschaftsbereichs des westdeutschen Imperialismus gerichtete Politik ist und bleibt eine revanchistische Politik, die den Frieden in Europa aufs äußerste bedroht. Und daß es sich bei der offiziellen westdeutschen Politik nach wie vor um Revanchismus handelt, geht u. a. auch aus der „Denkschrift der CDU/CSU zum Thema

¹³⁹⁾ Die Welt, Ausgabe B, 25. 1. 1966 (Hervorhebung – H. D.; sonst wird in der „Welt“ immer nur von „Linie“ gesprochen.)

¹⁴⁰⁾ siehe: Westfälische Rundschau, 22. 11. 1965

¹⁴¹⁾ siehe: Süddeutsche Zeitung, München, 20. 11. 1965

¹⁴²⁾ siehe z. B.: Christ und Welt, 7. 1. 1966; Stuttgarter Zeitung, 15. 11. 1965

¹³⁵⁾ Christ und Welt, 15. 9. 1961, S. 1

¹³⁶⁾ Die Welt am Sonntag, Berlin, 31. 10. 1965

¹³⁷⁾ Eugen Gerstenmaier: Abfall vom Vaterland? Die Kirche und die EKD-Denkschrift. In: Christ und Welt, 7. 1. 1966, S. 12

¹³⁸⁾ ebenda

deutsche Ostgrenze“ vom 9. November 1965, einer Art Gegen-
denkschrift zur evangelischen Denkschrift, hervor. Darin heißt
es:

„Die deutsche Politik (d. h. die Politik der westdeutschen
Bundesregierung – H. D.) zielt auf eine Änderung des durch
einseitige Akte geschaffenen Status quo in Mitteleuropa ...
Ein erpreßter Verzicht auf die deutschen Ostgebiete würde
letzten Endes Polen gar nichts nützen, denn einem solchen
Verzicht würde die innere Glaubhaftigkeit fehlen; infolge-
dessen könnte er Polen gar nicht die Sorge vor deutschem
Revanchismus nehmen.“⁴⁴³⁾

Die „Sorge“ vor der Revanchepolitik des westdeutschen Im-
perialismus wird wahrlich erst von Polen und der ganzen Welt
weichen können, wenn die Bundesregierung auf Hallstein-
Doktrin und Alleinvertretungsanspruch, auf jegliche Bestre-
bungen zur Einverleibung der DDR verzichten und statt dessen
mit ihr über die von uns vorgelegten Vorschläge für gemein-
samen Verzicht auf Atombewaffnung, für Abrüstung und für
die Herstellung normaler Beziehungen verhandeln und zu Ver-
einbarungen kommen wird, die im Kontext dieser Maßnahmen
die bestehenden Grenzen anerkennen. Nur das könnte schließ-
lich auch ein erster ernsthafter Schritt in Richtung auf die
Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Die evangelischen Kirchen und Christen in der DDR und
weitgehend auch in Westdeutschland treten dafür ein und lei-
sten damit einen bedeutenden Beitrag im Kampf gegen den
Revanchismus und für den Frieden. Dieser Kampf ist es, der
im Rahmen weiterer und noch intensiverer gemeinsamer Be-
mühungen aller Friedenskräfte in Deutschland – von denen die
deutsche Arbeiterklasse mit ihrer staatlichen Repräsentanz, der
DDR, und ihrer größten Organisation in Westdeutschland, den
Gewerkschaften, zweifellos die wichtigsten sind – gewährlei-
sten kann und muß, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr
ausgeht.

Angesichts des von der größten Partei der deutschen Arbei-
terklasse und unserer Nation, der SED, erfolgreich eingeleite-
ten Dialogs mit den Mitgliedern und Freunden der SPD über
die wichtigsten Aufgaben zur Sicherung des Friedens sollten
sich die evangelischen Kirchen und Christen ermutigt und ver-
pflichtet fühlen, noch mehr als bisher für friedliche, auf Regie-
rungsebene geregelte Beziehungen zwischen beiden deutschen
Staaten zum Wohle der Menschen zu tun.

⁴⁴³⁾ Denkschrift der CDU/CSU zum Thema deutsche Ostgrenze,
veröffentlicht in „Deutschland-Union-Dienst“ vom 9. 11. 1965, zi-
tiert nach: Deutscher Ostdienst (dod) Nr. 46/47, 22. 11. 1965, S. 12

Zusammenfassung

(Thesen)

1. Der Beitrag der Evangelischen Kirchen in Deutschland
zum Frieden ist u. a. als Abrechnung mit der Politik und Ideolo-
gie des Revanchismus gefordert.

In den evangelischen Kirchen in Westdeutschland breitete
sich, trotz Stuttgarter Schuldbekennnis und Darmstädter Er-
klärung, trotz nie verzagenden Widerstands vieler Christen, zu-
nehmend wieder Revanche-Ideologie aus; für ihren Abbau sind
das Tübinger Memorandum und die Denkschrift vom 15. 10.
1965 erfreuliche und bedeutsame Symptome.

Die evangelischen Kirchen und Christen in der DDR sind sich
des Anliegens und Vermächnisses aller Christen, die sich seit
1919 „gegen jede Züchtung der Revanche-Idee zur Wehr“ setz-
ten, damit der evangelischen Friedensbotschaft gemäß und im
wahren Interesse der Nation handelten, bewußt geblieben,
wenngleich sie vielfach noch nicht die Gefährlichkeit des Re-
vanchismus in Westdeutschland und die Notwendigkeit wirk-
samer Gegenmaßnahmen erkennen.

2. Der „theologische“ Beitrag zur Revanche-Ideologie bestand
in der Weimarer Republik vor allem in der „religiösen Vertie-
fung“ der Lehre von dem „Recht des deutschen Volkstums“;
sie unterstützte den schleichenden Revanchismus Stresemanns
und schließlich die verbrecherische Revanche- und Weltherr-
schaftspolitik des Hitlerfaschismus.

In der Bundesrepublik wird für den Revanchismus eine „reli-
giöse“ Vergötzung des „Rechts auf Heimat“ in Anspruch ge-
nommen. Bei beiden ideologischen Konstruktionen ging bzw.
geht es darum, in Anlehnung an eine imperialistisch-antikom-
munistische Geschichtsphilosophie weltanschaulich ein „Recht“
auf Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen jeweils
früheren Grenzen, in Verbindung damit eine „Mission“ der
Deutschen bei der „rechtlichen“ Ordnung des „Abendlandes“,
bei der Neugestaltung Europas, gemäß dem Programm der
„Formierten Gesellschaft“ zu begründen.

3. Die politisch-klerikale Variante der Revanche-Ideologie
trägt besonders dazu bei, den Klasseninhalt des Revanchismus
zu verhüllen. Denn Revanchismus ist der Chauvinismus des
geschlagenen Imperialismus. Aber in der Revanche-Ideologie
wird dieser Klasseninhalt mit der Wiederherstellung des ver-
letzten „Rechts“ des Volkes, der Heimat, usw. kaschiert, um der
Revanchepolitik eine Massenbasis zu schaffen.

4. Die unterschiedliche Entwicklung der evangelischen Kirchen in der DDR und in Westdeutschland in der Haltung zum Revanchismus ist dadurch bedingt, daß in der DDR der Imperialismus überwunden ist und durch den Aufbau des Sozialismus brüderliche Beziehungen zwischen den Menschen und zu den anderen Völkern zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind.

In der Bundesrepublik blieb der Imperialismus erhalten und hat sich sogar zum vollendeten staatsmonopolistischen Kapitalismus steigern können. Er erzeugt beständig das Bestreben nach Revanche für seine Niederlagen, nach Erweiterung seines eingeschränkten Herrschaftsbereichs, nach Änderung des Status quo und bedroht damit den Frieden.

5. Die internationale und nationale Situation ist heute aber grundsätzlich anders als nach dem ersten Weltkrieg. Auf deutschem Boden selbst trifft der Revanchismus heute auf staatlichen Widerstand. Die Friedenspolitik der DDR, freudig und dankbar auch von ihren christlichen Bürgern mitgetragen; die Regelung der Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, der Moral, des Rechts und der Freundschaft; die enge Verbundenheit der DDR mit der Sowjetunion, Polen, der CSSR und den anderen sozialistischen Ländern; die Lehren, die auch die westlichen Völker aus der Revanchepolitik des deutschen Imperialismus und ihren Ergebnissen gezogen haben, sowie die Existenz und Politik der Nationalstaaten sind heute mächtige Faktoren, auf die sich alle Kräfte (vor allem Gewerkschaften, Wissenschaftler, Christen, usw.) in Westdeutschland stützen können, die die Politik und Ideologie des Revanchismus bekämpfen und überwinden wollen und werden.

Nur Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik über den Verzicht auf Atombewaffnung, über Abrüstung und normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und allen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages werden die Welt von den Bedrohungen durch den westdeutschen Revanchismus befreien. (Es sei auf den Sechs-Punkte-Vorschlag des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, aus seiner Neujahrsansprache für 1966 an den westdeutschen Bundestag und an die Drei-Punkte-Erklärung der Regierung der DDR an alle europäischen Staaten vom 22. 1. 1966 erinnert.)

Führende Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR (so z. B. die Bischöfe D. M i t z e n h e i m und D. K r u m m a c h e r) haben bereits wertvolle Initiativen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ergriffen und mehrfach zu Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik aufgefordert, für deren Zustandekommen die evangelischen Kirchen im Interesse des Friedens und des Wohlergehens der Menschen und angesichts des durch die SED eingeleiteten deutschen Dialogs noch mehr tun könnten und sollten.

- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken
Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für
Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem
4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dres-
den). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische
Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich
wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalver-
sammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung
der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung
des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutsch-
lands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“
– „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in
Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwick-
lung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche
und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinne-
rungen deutscher Theologen.
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen ge-
deltlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammen-
arbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und
Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,- MDN